

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Dienstags und Montags nur einmal. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Berlin 10,- M., im voraus zahlbar. Für Postbestellung addieren sämtliche Postgebühren. Einzelhefte 1,- M., für das Abonnement 12,- M., für den Ausland 14,- M., einschließlich Postgebühren, per Brief für Deutschland und Österreich 24,- M., Werk, Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin 12, Breite Straße 59.

Die schlagendste Konkretheit über Ihren Raum kostet 3,- M., einschließlich Erziehungsaufschlag. Kleine Anzeigen: Das fernbedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erziehungsaufschlag. Laufende Berichte laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 1,20 M., jedes weitere Wort 1,- M., in Wort-Anzeigen: das fernbedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Frist bis 12. Mai!

Das Ultimatum

London, 3. Mai.

Die Reparationskommission ist aus Paris herbeigerufen worden. Sie wird morgen in London eintreffen und Deutschland ein Protokoll übersenden, das bis zum 12. Mai, nachts 12 Uhr, zu beantworten ist.

Die Beratungen der Alliierten

C.E. Paris, 3. Mai.

Die Interalliierte Konferenz trat heute vormittag um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammen, an der die militärischen und Marinefachverständigen teilnahmen. Anwesend waren die Marschälle Foch und Wilson, der englische Admiral Beatty, der französische Vizeadmiral Grasset, der belgische General Maglino, der italienische General Moriotti und der japanische Vertreter Watanabe. Man sprach über die gegen Deutschland zu ergreifenden militärischen und maritimen Maßnahmen. Die Besetzungspläne wurden vom Obersten Rat gebilligt, nur die maritimen Maßnahmen sollen gründlich durchstudiert werden. Marshall Foch machte Ausführungen über die Maßnahmen, die im Falle der Besetzung des Ruhrgebietes mit Hilfe aller alliierten Streitkräfte durchgeführt werden sollen. Die finanziellen und juristischen Sachverständigen beendeten heute vormittag ihre Beratungen über die Zahlungsmodalitäten und über die von Deutschland zu leistenden Garantien. Der Oberste Rat konnte diesen Vorschlägen keine Zustimmung nicht erteilen und trat erneut um 3 Uhr zusammen.

Die befriedigenden Ergebnisse der Konferenz

London, 3. Mai. (Neuter.)

Der Oberste Rat wird in der Nachmittagsitzung, die die Tagung der gegenwärtigen Konferenz beendigen wird, das Finanzprogramm endgültig gutheißen. Briand wird morgen nach Paris zurückkehren. Die Konferenz nahm das Ergebnis der wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen, die in der letzten Londoner Konferenz angenommen worden waren, zur Kenntnis. Wie gemeldet wird, hat diese Konferenz sehr befriedigende Ergebnisse erzielt. Sie nahm auch Kenntnis von den Einnahmen an der Zollgrenze der Alliierten an Rhein, die sich auf 150 Millionen Papiermark in einem Monat oder schätzungsweise auf etwa 500 Millionen Goldmark in einem Jahre belaufen werden.

Die Entschädigungszahlungen

C.E. Paris, 3. Mai.

Ueber die den Deutschen zu gewährenden Zahlungsfristen und über die Zahlungsweise erfährt der Internatigeant, daß die Reparationskommission eine Anleihe von 200 Milliarden Papiermark ausgeben würde. Das wären zum gegenwärtigen Kurse 66 Milliarden Goldmark. Wenn man annimmt, daß Deutschland für 8 Milliarden Kohlen exportiert, so würde das bei einer Abgabe von 25 Prozent jährlich 2 Milliarden ergeben. Dazu müssen die weiteren zwei Milliarden hinzugerechnet werden, die aus den von Deutschland zu zahlenden jährlichen Raten erzielt werden. Somit würde Deutschland jährlich 4 Milliarden zahlen, was die Möglichkeit böte, für die Anleihe 5 Prozent Zinsen zu erhalten. Allen Unterzeichnern dieser Anleihe würde jedoch eine 5prozentige Verzinsung zugestanden werden. Die Zahlungen Deutschlands würden garantiert durch die Zoll- und Eisenbahneinnahmen, durch die industriellen Wertpapiere. Alle diese Pfänder würden durch die Garantiekommission kontrolliert und garantiert werden. Ueber diese Frage müssen jedoch die finanziellen Sachverständigen noch eine Einigung herbeizuführen suchen; auch die Frage bedarf noch der Klärung, in welcher Weise die 1. und die 11 Milliarden von Deutschland bezahlt werden sollen.

Die englischen Einwendungen

C.E. London, 3. Mai.

Die englische Regierung wendet sich einstweilen besonders gegen die Einsetzung einer Interalliierten Garantiekommission. Es müsse zunächst festgestellt werden, ob diese Kommission das Recht haben solle, die Kontrolle über den deutschen Staatshaushalt und der einzuführenden Ausfuhr- und Kohlenabgabe auszuüben. In dieser Frage wurde bisher keine Einigung erzielt. Man nimmt jedoch an, daß eine solche noch heute nachmittags zustandekommen wird, so daß die Konferenz ihre Beratungen noch heute abend beenden kann. Briand will morgen nach Paris zurückreisen. Ob die Konferenz auch die oberschlesische Frage in Beratung nehmen will, steht noch nicht fest; es scheint aber der Fall zu sein.

Amerikanische Gegner

London, 3. Mai.

„Morningpost“ meldet aus Washington, daß der Senator Mac Cormick den Versailler Friedensvertrag heftig angriff und erklärte, dieser Vertrag werde niemals vom Senate ratifiziert, vielmehr ein Sonderfriede mit Deutschland abgeschlossen werden.

Senator Borah erklärte, daß das amerikanische Volk, als es für Harding stimmte, der Ansicht gewesen sei, daß es damit nicht nur den Völkerbund, sondern auch den Friedensvertrag von Versailles verwerfe. So schlecht auch der Völkerbund, und so gefährlich er für die höchsten Interessen Amerikas sei, so wäre es doch für die Vereinigten Staaten unendlich viel besser, im Völkerbunde zu sein als an dem Versailler Friedensvertrage teilzunehmen.

Einladung an die Vereinigten Staaten

London, 5. Mai. (Neuter.)

Der Oberste Rat hat den Text eines Telegramms an die Regierung der Vereinigten Staaten gebilligt, in dem sie eingeladen wird, einen Vertreter zu entsenden, um wieder an den Beratungen des Obersten Rates der Alliierten, der Vorkonferenz und der Reparationskommission teilzunehmen.

Gefährliche Entschlußlosigkeit

Die heute vorliegenden Nachrichten über den Stand der außenpolitischen Krise vermitteln kein vollständig klares Bild von der Situation. Aus der einen Seite hören wir aus London, daß der Oberste Rat gestern das an Deutschland gerichtete Ultimatum fertiggestellt hat. Wir kennen seinen Wortlaut noch nicht, müssen aber annehmen, daß es Deutschland eine Frist stellt, innerhalb deren es sich zur Erfüllung der neu formulierten Forderungen der Entente verpflichten muß, wenn die Sanktionen abgewendet werden sollen. Es ist zu befürchten, daß auch weitgehende Garantien für die Zahlungen gefordert werden.

Andererseits liegt die amerikanische Antwortnote vor, nach der sich die Regierung der Vereinigten Staaten außerstande fühlt, zu dem Beschluß zu gelangen, daß die deutschen Vorschläge eine für die alliierten Regierungen annehmbare Grundlage der Erörterung bilden. Sie schließt mit folgenden Worten:

„Die Regierung drückt daher wiederholt ihren ersten Wunsch nach einer raschen Regelung dieser Lebensfrage aus und legt der deutschen Regierung bringen nahe, sofort den alliierten Regierungen klare, bestimmte, zweckentsprechende Vorschläge unmittelbar zu machen, die in jeder Beziehung ihren angemessenen Verpflichtungen gerecht werden.“

In Übereinstimmung mit dieser Aufforderung hat der englische Minister des Innern im Unterhaus erklärt, jedes neue deutsche Angebot werde sorgfältig in Erwägung gezogen werden.

Hier scheint ein gewisser Widerspruch zu bestehen. Wenn die Alliierten tatsächlich Deutschland in der Form eines befristeten Ultimatum zur Anerkennung ihrer neuesten Beschlüsse auffordern wollen, und wenn Frankreich bereits die Jahresklasse 1919 mobilisiert hat, um für den Fall der deutschen Ablehnung zu allem gerüstet zu sein, so steht das doch so aus, als ob neue deutsche Angebote den Lauf der Dinge nicht mehr beeinflussen können. Aber es ist doch sehr zu beachten, daß gegen den lebhaften Widerstand Briands der Oberste Rat überhaupt noch einmal zu einem Ultimatum gegriffen und eine verhältnismäßig lange Frist gewährt hat. Daraus läßt sich zum mindesten auf die Bereitwilligkeit Englands schließen, deutsche Vorschläge, die sich heute freilich kaum mehr von den Pariser Forderungen unterscheiden dürften, ernsthaft zu prüfen. Es kommt noch etwas anderes hinzu. Nach einer Havasmeldung vom gestrigen Tage ersuchen die Alliierten den Reparationsausschuß, in einer Frist von vier Tagen die Art und Weise der Bezahlung der deutschen Schuld festzusetzen und bekanntzugeben. Danach also würde das Ultimatum überhaupt erst nach Ablauf dieser Zeit abgefordert werden.

Auf alle Fälle hat die deutsche Regierung, von der sich doch nicht voraussehen läßt, daß sie die von der Reparationskommission aufgestellte Rechnung anerkennen will, die Pflicht, ungeräumt nach einem Ausweg aus der Sackgasse zu suchen und Angebote direkt an die Entente gelangen zu lassen. Das Reichskabinett ist in seiner gestrigen Sitzung nicht zu einer Entscheidung gelangt. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat es die außen- und innenpolitische Lage auf Grund des vorliegenden Nachrichtenmaterials durchgesprochen. Zu einer endgültigen Beurteilung habe das Material jedoch nicht ausgereicht und die Besprechung sei auf Mittwoch vertagt worden.

Wann wird wohl endlich einmal das Kabinett das jeweils vorliegende Material für ausreichend halten? Immer wird es Lücken geben, auf die man sich zur Rechtfertigung seines Mangels an Entschlußfähigkeit berufen kann. Gewiß ist der Inhalt des Ultimatum noch nicht bekannt. Aber die amerikanische Note spricht doch wahrhaftig deutlich genug. Die Regierung ist auf dem besten Wege, die zahlreichen Fälle von ihr verpaßten Gelegenheiten um einen weiteren zu vermehren. Sie wird, wie so häufig während der letzten Wochen, zu einer Entscheidung kommen, wenn es zu spät geworden ist.

Die oberschlesische Wunde

Sechs Wochen sind seit der Volksabstimmung in Oberschlesien vergangen. Sechs Wochen lang hatten die beiden Regierungen in Deutschland und in Polen Zeit, sich über die oberschlesische Frage zu verständigen. Nichts ist geschehen. In Deutschland wurde die Parole ausgegeben, daß ganz Oberschlesien ungeteilt bei uns bleiben müsse, trotzdem man sich im Klaren darüber war, daß diese Parole niemals verwirklicht werden konnte. Jede Entscheidung der Alliierten, die nach den Bestimmungen des Friedensvertrages die Abstimmungsergebnisse berücksichtigt hätte, würde deshalb von vornherein zu einer neuen Vergewaltigung Deutschlands gestempelt. Auf der polnischen Seite wiederum verlangte man das ganze Industriegebiet mit seinem verkehrstechnischen Hinterland, also das oberschlesische Gebiet rechts der Oder. Auch den Polen mußte es aber klar sein, daß eine gerechte Würdigung des Abstimmungsergebnisses niemals zu einer derartigen Grenzziehung führen könnte.

Wir haben von Anfang an und immer wieder darauf verwiesen, daß nur eine Verständigung zwischen beiden Ländern über die Zukunft Oberschlesiens, es verbinden könne, daß auch nach dem Spruch der Entente die oberschlesische Frage dauernd der polnisch-deutsche Zankapfel bleibe. Nur ganz wenige Blätter außerhalb der Presse unserer Partei haben sich unserer Forderung angeschlossen: in der ganzen übrigen Presse, mit Einschluß der Organe der rechtssozialistischen Partei, herrsche jene nationalistische Stimmung vor, die nichts von einer Ausgleichung der Gegensätze in Polen wissen will. In den Amtsstuben der deutschen auswärtigen Bureauskratie lebt der muffige deutschnationale Geist unverändert fort, der von der Auffassung ausgeht, das Deutschland „seinen“ Krieg eigentlich gar nicht verloren habe, und daß das, was man jetzt der Entente und ihren Verbündeten unter dem Zwange der Verhältnisse zugestehen müsse, in dem nächsten Revanchekriege, der hoffentlich kommen werde, wieder abnehmen könne. Von dieser Auffassung aus beurteilt man dort auch unser Verhältnis zu Polen. Hat nicht unser Hindenburg mitamt seinem wunderbaren Heer den Polen die Freiheit gebracht? Und nun verlangen diese undankbaren Leute, daß ihre nationalen Aspirationen auch von Deutschland anerkannt werden!

Nun besteht gar kein Zweifel darüber, daß der polnische Nationalismus sich von dem deutschen nur dadurch unterscheidet, daß er nicht die Uniform des preussischen Gardesoldaten trägt, sondern sich mit den Federn der westeuropäischen Demokratie schmückt. Aber aus einer Reihe wichtiger Gründe ist es doch notwendig, daß man von unserer Seite aus nicht mit neuen Gewaltmitteln die nationalen Gegensätze auszutragen sucht, sondern endlich auf dem Boden der Vernunft und der gegebenen Tatsachen zurückkehrt. Von diesen Tatsachen seien nur einige genannt. Erstens haben wir an jedem Polen, der in den jetzt abgetretenen Provinzen lebt, noch sehr vieles von dem gutzumachen, was die wilhelminische Regierung an ihm gesündigt hat. Zweitens erinnern sich die Bewohner von Kongresspolen noch mit Schaudern jener Zeit, in denen ihnen der preussische Kommissar die „Befreiung“ brachte. Die Verwüstung des Landes, die Zerstörung seiner industriellen Anlagen und manches andere reden heute noch eine deutliche Sprache. Drittens haben die Polen es rechtzeitig verstanden, den Anschluß an die Entente zu finden, wir haben es also nicht allein mit unseren östlichen Nachbarn, sondern mit den alliierten Mächten zu tun.

Trotz dieser Tatsachen weiß man aber auch in Polen genau, daß Deutschland und Polen in vielfachen wirtschaftlichen Beziehungen aufeinander angewiesen sind. Je mehr das Ententekapital in Polen eindringt, desto schneller verliert die polnische Wirtschaft ihren nationalen Charakter, desto rascher muß die polnische Bevölkerung zum Auspressungsobjekt des ausländischen Kapitalismus werden. Nur durch einen geregelteten Austauschverkehr zwischen Deutsche und Polen kann es auch den Polen gelingen, eine eigene Wirtschaft aufzubauen, deren Erträge im Lande bleiben und nicht in die Taschen französischer, englischer oder amerikanischer Kapitalisten abfließen. Umgekehrt bietet sich für Deutschlands Industrie in Polen ein zukunftreiches Betätigungsfeld, und wenn erst die Kriegssorgen in Polen überwunden sind, und die staatliche Konsolidierung des Landes durchgeführt ist, können wir uns durch den Bezug überschüssiger Bodenerzeugnisse aus Polen in vielfacher Beziehung von unseren bisherigen Lieferanten in weitentlegenen Ländern unabhängig machen.

Da aber auch die deutsche Ostpolitik nur von der Hand in den Mund lebt, so wird man vergeblich bei ihr die Berücksichtigung derartiger Erwägungen suchen. Nachdem die kostbare Zeit seit der Abstimmung verstrichen ist, nützt man die jetzt gebotene Gelegenheit dazu aus, um von neuem über die maßlosen Anprüche der Polen zu zetern und damit der nationalistischen Stimmung neue Nahrung zu geben.

Wir wissen, in welcher Weise der Nationalismus in Oberschlesien von polnischer Seite aus geschürt worden ist; aber wir müssen davor warnen, daß das von den militärischen Kreisen in Deutschland zum Erfolg genommen wird, um

nun von ihrer Seite aus Vorbereitungen zur Abwehr angeblicher polnischer Angriffabsichten zu betreiben.

Man hüte sich schließlich davor, sich von den Grenzmeldungen ins Wokshorn jagen zu lassen, die jetzt von interessierten Stellen über die jüngsten Vorgänge in Oberschlesien verbreitet werden. Die Stimmung in Oberschlesien ist ohne Zweifel unheilverkündend, sie wird aber nicht gebessert dadurch, daß man die Vorgänge aufbauscht und übertreibt. Schließlich hat auch die interalliierte Kommission zugejagt, daß sie alle notwendigen Maßnahmen treffen werde, um die bürgerliche Ordnung in Oberschlesien wiederherzustellen. Sie hat bisher gezeigt, daß sie dazu sehr wohl imstande ist, auch ohne daß alle Mittel des deutschen Militarismus und der deutschen Bürokratie dabei angewendet werden.

Der Außenminister Dr. Simons, hat das gestern im Reichstag bestätigt. Leider hat man aber auch bei dieser Gelegenheit nicht erfahren, wie die deutsche Regierung sich das zukünftige Verhältnis zu Polen vorstellt, wenn erst endlich die ober-schlesische Wunde verheilt ist. Ohne eine wirtschaftliche und politische Verständigung mit Polen ist aber eine gedeihliche Ostpolitik nicht möglich.

Die Aufstandsbewegung

Oppeln, 3. Mai.

Die polnische Aufstandsbewegung ergibt nach den bis heute abend vorliegenden Meldungen folgendes Bild:

Mit Ausnahme einiger größerer Städte sind fast sämtliche Distrikte des Zentralreviers und des Südreviere in der Hand der bewaffneten polnischen Aufständischen. Auch in den Kreisen Lublitz, Groß-Strehlitz und Tarnowitz befinden sich die meisten Distrikte in polnischer Hand. Der Bahnverkehr in Oberschlesien ruht vollkommen. Es wird nur ein Pendelverkehr in Oberschlesien in den nördlichen Kreisen zwischen Kreuzburg-Oppeln, Kreuzburg-Breslau sowie zwischen Oppeln-Katowice notwendig aufrechterhalten. Von polnischer Seite ist ein Pendelverkehr auf der Strecke Schoppitz-Neubrunn eingerichtet worden. Aus Rybnitz und Pleß liegen immer noch keine genauen Nachrichten vor, da die Fernspreitleitungen zerstört worden sind, doch ist die Lage in diesen beiden Kreisen zweifellos sehr ernst.

Nach mit Vorbehalt wiedergegebenen Meldungen haben die italienischen Truppen bei ihrem Vorgehen gegen die Insurgenten in den Kreisen Rybnitz und Pleß größere Verluste erlitten. Auch in den Kreisen Lublitz, Königshütte und Gleiwitz, in denen der Belagerungszustand bisher noch nicht verhängt worden ist, ist die Lage als sehr ernst anzusehen. Nach Meldungen aus dem Landkreis Tarnowitz sind mehrfach deutsch-gefeindete Leute verschleppt worden. Radzionka ist von den Aufständischen besetzt. Auch Teile der Stadt Hindenburg befinden sich in polnischer Hand; die Truppen der Interalliierten Kommission halten den Bahnhof, die Post und das Landratsamt besetzt. Die Abstimmpolizei in Hindenburg ist entlassen worden und zum Teil verschleppt. Die Städte Kattowitz, Beuthen und Tarnowitz sind frei von Aufständischen. In der deutschen Bevölkerung herrscht eine erklärliche Erregung; man befürchtet für die kommende Nacht ein Einrücken der regulären polnischen Truppen in Oberschlesien.

Die führenden deutschen Stellen sind unablässig bemüht, die deutsche Bevölkerung zur Ruhe und Besonnenheit zu mahnen. Wie in Hindenburg haben sich auch in Tarnowitz zahlreiche deutsche Bürger dem Kreisfunktoren zwecks Wacheerhaltung der öffentlichen Ordnung zur Verfügung gestellt. Die Erregung in der Stadt Kattowitz ist deshalb sehr groß, weil die polnischen Aufständischen sich in Boguslawitz, also in unmittelbarer Nähe der Stadt Kattowitz befinden. In Kattowitz sind im Laufe des Tages zahlreiche Flüchtlinge aus den in der Nähe liegenden Gebieten eingetroffen. Auch aus der Stadt Beuthen wird das Eintreffen von 300 Flüchtlingen gemeldet.

Die Truppen der Interalliierten Kommission haben im Laufe des Tages Streifen durch eine Reihe von besetzten Distrikten vorgenommen. Die Distrikte boten während dieser Streifen meist ein ruhiges Bild, da sich die bewaffneten Aufständischen in den Häusern versteckt hielten. Nach allen vorliegenden Nachrichten muß die Organisation des polnischen Aufstandes als vorzüglich bezeichnet werden. Die Aufständischen sind meist jüngere Leute, die mit Waffen aller Art ausgerüstet sind. Sie haben auf Lastkraftwagen schwere Maschinengewehre und Minenwerfer mit sich geführt. In den Kreisen der Interalliierten Kommission wird, wie wir hören, die Ausdehnung des Belagerungszustandes auf die neuerdings vom polnischen Aufstand heimgesuchten Kreise erwogen.

Zusammenstöße in Kattowitz

M. T. B. Kattowitz, 3. Mai.

Im Stadt- und Landkreis Kattowitz ruht der Geschäftsverkehr vollkommen. Bahn und Straßenbahn liegen weiter still. Die Straßenbahn kann nicht verkehren, weil erhebliche Schäden am Ring entstanden sind. Der Nachverkehr ruht hauptsächlich deshalb, weil die Beamten nicht zu bewegen sind, anzufahren. Ein Wagen der Straßenbahn, der nach Rybnitz ausgefahren war, wurde unterwegs von Insurgenten angehalten und besetzt. Zur Unterstützung der Straßenkontrolle sind Italiener herangezogen worden. Sie hatten einen ersten Zusammenstoß im Bahnhof Kattowitz, wo sich drei bewaffnete Polen weigerten, ihre Waffen auszuliefern. Die Italiener feuerten darauf, schossen den einen nieder und verletzten die beiden anderen schwer. Auf dem Bahnhof lagern große Menschenmengen, die vergeblich auf eine Abfahrt warten. Es handelt sich hauptsächlich um Passagiere und Schüler aus dem Rybnitz und Pleß Gebiet, die mit dem Frühzug eintrafen. Dieser Frühzug (aus der Strecke Ratibor-Kattowitz) wurde zwischen Charlottenstraße und Orzech aus dem Hinterhalt mit Gewehr- und Maschinengewehrfire angegriffen. Mehrere Passagiere wurden verletzt.

Brückensprengungen

Nach Meldungen der Eisenbahndirektion sind eine Anzahl Brücken in Oberschlesien gesprengt worden. Auf der Strecke Oppeln-Katowice ist eine Eisenbahnbrücke, auf der Strecke Oppeln-Brieg sind zwei Eisenbahnbrücken zerstört, ebenso auf der Strecke Neunkirch-Katowice. Auch aus der Gegend von Ratibor wird die Sprengung von zwei Eisenbahnbrücken gemeldet. Die Telephonverbindung mit Kattowitz, Rybnitz und Pleß ist unterbrochen.

Verhängung des Belagerungszustandes

Oppeln, 3. Mai.

Die Interalliierte Kommission teilt mit: Die Interalliierte Regierungskommission ist seit entschlossen, die Ordnung unbedingt wiederherzustellen. Sie hat infolgedessen in voriger Nacht den Belagerungszustand über die Kreise Beuthen Stadt und Land, Pleß, Kattowitz Stadt und Land, Rybnitz, Hindenburg, Tarnowitz und Ratibor Stadt und Land verhängt.

Das Elend der Arbeitslosen

Beratungen im Reichstag und im Landtag

Als gestern um das Schicksal der Million arbeitsloser deutscher Proleten im Reichstag gesprochen wurde, waren in der Regel zweiinhalb Duzend bürgerliche Abgeordnete im Saal. Das war eine herbe, tragende lehrreiche Erscheinung. Sie zeigte, wie das Bürgertum mit verschlossenen Ohren und zugebrückten Augen an dem ungeheuren Problem vorbeizuschleichen sucht, das ihm wie ein Bloß im Wege liegt. Im Gefühl, dem Problem machtlos gegenüberzustehen, versucht die bürgerliche Klasse, es zu ignorieren.

Aber die notgeforderte Arbeitslosenmillion ist da und wehrt sich dagegen, unter den zermalmenden Rädern der kapitalistischen Wirtschafts-anarchie zu vergehen. Sie ist nicht gesonnen, still und ergeben im Winkel zu verkommen. Die Anträge der U. S. P. zur Arbeitslosenfrage, die gemeinsam mit den Rechtssozialisten eingebracht waren, geben Gelegenheit, das abgrundtiefe Elend dieser Million zu beleuchten und die Maßnahmen aufzuzeigen, die unweigerlich durchgeführt werden müssen. Sie geben aber auch Gelegenheit, den Arbeitslosen und der gesamten Arbeiterklasse zu zeigen, wie unwillig die bürgerlichen Parteien sind, den Opfern ihrer eigenen Wirtschaft und Politik die helfende Hand zu reichen.

Für die U.S.P.-Fraktion hat Genosse Brühl unsere Anträge trefflich begründet. Er stellte seinen Ausführungen mit gutem Recht den Nachweis voran, daß es sich dabei nicht um ein agitatorisches Unternehmen handelt, sondern um durchaus brauchbare Vorschläge, die bereits von der Stadtverordnetenversammlung Berlins einstimmig angenommen worden sind. Unser Redner wies weiter nach, wie es bisher vielfach am guten Willen gefehlt hat, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, künstliche Einschränkungen der Arbeitsmöglichkeiten zu beseitigen und durch eine planmäßige Sonderbehandlung der Poststadtsbezirke hinsichtlich der Arbeitszuweisung und der Bemessung der Unterstützungssätze besondere Elendstümpel auszutrocknen. Die Arbeitslosigkeit ist im Steigen, die Unterstützungssätze sind ungenügend, Reichsmittel werden zur Unterstützung schwerreicher Reeder vergeudet, während das Reich die Gemeinden, die für die Arbeitslosen etwas mehr als von Reichswegen vorgesehen ist, tun wollen, mit rigorosen Strafmaßnahmen bedroht. Durchschlagende Beweise erbrachte unser Redner zur Begründung unserer Anträge vor, deren Durchführung in der quirlenden Flut des wachsenden Arbeitslosensendes eine zwingende Notwendigkeit gemorden ist.

Nimmer kann die bürgerliche Gesellschaft über ihren Schatten springen. Und deshalb kann sie auch der Arbeiterklasse die Peitschenschläge der Arbeitslosigkeit nicht ersparen. Klar hat es unser Redner ausgesprochen, daß die Arbeitslosigkeit unlöslich verbunden ist mit der kapitalistischen Produktionsanarchie und nur überwunden werden kann durch diese. Um die Arbeiter fähig zu erhalten für diesen notwendigen Kampf, bemühen wir uns, ihnen die Lebensmöglichkeit zu sichern. Daher unsere Anträge zur Besserung des Loses der Arbeiter.

Die Debatte geht am Montag weiter und voraussichtlich zu Ende. Auch im preußischen Landtag wurde gestern über die Arbeitslosenfrage verhandelt. Von unserer Fraktion begründete Genosse Jürgensen einige Anträge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und sagte dabei den bürgerlichen Vertretern, daß gerade sie das ganze Elend verschuldet haben.

Die Hotelschließungen

Ein Antrag der sozialistischen Parteien

Die Unabhängige Fraktion des Reichstages hat im Einverständnis mit der Rechtssozialistischen Fraktion folgenden schließlichen Antrag eingebracht, der zugleich mit dem Antrag zur Arbeitslosenfrage beraten wird:

1. Die Verordnung, betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stilllegungen vom 8. November 1920 ist auf alle Gewerbe einschließlich Hotel- und Gastwirtschaften auszuwenden.
2. Der § 74 des Betriebsvertrages ist dahingehend abzuändern, daß dem Betriebsrat oder Betriebsobmann bei jeder vom Unternehmer geplanten Betriebsstilllegung oder Betriebsänderung ein Einspruchsrecht mit ausschließender Wirkung gewährt wird.
3. Die Verordnung über Stilllegungen usw. vom 8. November 1920 ist derart umzugestalten, daß Unternehmungen, deren Besitzer ohne sachlichen Zwang die Weiterführung ihres Betriebes ablehnen, entzogen und in den Besitz der Allgemeinheit überführt werden.
4. Die Stilllegung von Hotels ist bis auf weiteres verboten.

Klassenkampf im Steuerauspruch

Der Steuerauspruch des Reichstages lehnte am Dienstag den Antrag Keil gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen ab, der die Regierung ersucht, dem Reichstage alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den den Ländern und Gemeinden ein Ersatz für die Mindererung ihres Anteils an der Einkommensteuer, die sich aus der Einkommensteuernovelle vom 24. März 1921 ergibt, gewährt wird.

Sodann wurde in die Erörterung der von dem Abg. Herz (U. S. P.) vorgetragenen Beschwerden über die einseitige Zusammenlegung der Steuerausprüche eingetreten. Die bürgerlichen Parteien erkannten zwar die Beschwerden zum Teil als berechtigt an, wandten sich aber gegen den Antrag der sozialistischen Parteien, der verlangte:

1. daß die Lohn- und Gehaltsempfänger bei der Bildung der Steuerausprüche in einem ihrer Zahl und wirtschaftlichen Bedeutung entsprechenden Maße berücksichtigt werden,
2. dem Reichstage alsbald eine Uebersicht von der Zusammenlegung der Steuerausprüche nach Berufsarten vorzulegen, und
3. dahin zu wirken, daß die von den Finanzämtern ernannten Mitglieder genau den Anforderungen des § 26 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung entsprechen, und wo das nicht der Fall ist, baldmöglichst eine Änderung in der Zusammenlegung herbeizuführen.

Gegen die beiden ersten Punkte erhoben alle bürgerlichen Abgeordneten Bedenken, einer von ihnen sprach sogar die Befürchtung aus, daß damit der Klassenkampf in die Steuerausprüche hineingetragen werde. Ihnen entgegenen die Abg. Herz (U. S. P.) und Keil (Soz.). Der erstere wies insbesondere darauf hin, daß die höchst einseitige Auswahl der bei den Steuerausprüchen in Groß-Berlin ernannten Mitglieder eine sofortige Änderung dringend verlangen, da sonst das Vertrauen zu den Steuerausprüchen ohne weiteres untergraben werde. In den besonderen Steuerausprüchen in Berlin seien überhaupt nur Kapitalisten ernannt worden. Bei der Abstimmung wurde der Absatz 3 des Antrages gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen, die besten ersten Absatz gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien abgelehnt. Sodann erklärte die Regierung zu dem Steuerauspruch, daß die Zusammenlegung der Steuerausprüche nicht abzuändern.

daß sie keine Möglichkeit zur strafrechtlichen Verfolgung des Unterzeichners sehe. Dem widersprach entschieden der Abg. Herz. Wenn eine Arbeiterorganisation eine derartige Aufforderung zur grundlegenden Verweigerung von Steuerangaben an ihre Mitglieder richten würde, so würden sich sicherlich viele Staatsanwälte finden, die wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen Geleise ein Strafverfahren einleiten würden. Die Landwirte aber hätten ja bei ihrer Steuerhinterziehung in den Großindustriellen tüchtige Bundesgenossen, wie der Artikel in der „Freiheit“ zeige. Bei diesen interessanten Auseinandersetzungen hatte der in diesen Dingen ja besonders erfahrene Herr Helfferich den Saal verlassen!

Am Schluß der Sitzung wurde in die Beratung der Novelle zum Kottopfer eingetreten, wobei Helfferich ans neue große Berechnung zur Milderung des Gesetzes entwarf!

Hindenburg als Brennholz verkäuflich!

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 1. Mai befindet sich folgendes Inserat:

Eiserner Hindenburg
ganz oder geteilt, evtl. als Brennholz zu verkaufen
Angebote unter Fl. U. 1350 bef. d. Annoncen-Expedition
Rudolf Mosse, Berlin W 8, Leipziger Str. 103

Der arme Hindenburg! Mehrere Jahre hindurch mußte er sich gefallen lassen, daß Bürger in patriotischer Aufwallung Tausende von Nägeln in seine Körperteile trieben. Dann erfolgte durch eine pietätlose Gesellschaft sein Abbruch. Nun soll er auch noch als Brennholz an den Großhändlern verkauft werden. Ein schändliche Zeit, die ihre großen Helden nicht würdevoller zu ehren weiß. Immerhin ergibt sich für alle guten Patrioten noch die Gelegenheit, sich aus der Konkursmasse ein Stückchen Holz zu erstehen und es als Reliquie in einem Glasbehälter zur Erinnerung an die große Zeit aufzubewahren.

Nationalistische Wünsche

Wir stehen vor einem neuen Einmarsch feindlicher Truppen in deutsches Reichsgebiet. Ob dieser Ueberfall mit oder ohne Kriegserklärung erfolgt, ändert an der Tatsache nichts, daß es sich um einen Kriegszustand handelt. Bisher ist das Recht jedes Volkes, sich gegen feindliche Angriffe mit allen Mitteln zu wehren, niemals beschränkt worden. Selbst der „Vorwärts“ hat sich kürzlich wieder ausdrücklich zur Pflicht der Landesverteidigung bekannt!

Mit diesen Sätzen leitete die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer Dienstag-Nummer ihren Leitartikel „Notwehr des Volkes“ ein, worin sie zum Widerstand gegen die Entente und gegen die Befehle des Ruhrgebietes auffordert. Und zwar möchte das Blatt, das täglich zum schärfsten Vorgehen gegen die Arbeiter auffordert und dem nie genug Arbeiterblut fließen kann, die gleichen Arbeiter zum Widerstand gegen die Entente veranlassen. Am liebsten würde die „Deutsche Tageszeitung“ natürlich den offenen Aufstand sehen, denn wir sind ja nach ihrer Meinung „nicht völlig ohnmächtig“, aber eine solche Aufforderung ist dem agrarischen Organ denn doch etwas zu früh und so propagiert es in der Hauptsache den passiven Widerstand. Diesen passiven Widerstand müßten zunächst die Zollbeamten leisten und sich nicht zu Handlungen der deutschen Schmach machen. Vor allem aber liege der Arbeiterklasse es ob, den Willen der Entente zu brechen. „Keine Hand darf sich regen, die dazu hilft, die Pläne des Feindes zu verwirklichen.“

Also wünscht es die „Deutsche Tageszeitung“, auf daß dann, wie die „Tägliche Rundschau“ es kürzlich offen ausgesprochen hat, der Boden für Verhandlungen zwischen Sinn und Loucheur geschaffen wäre, um „das Geschäft auszuhandeln zu lassen“, natürlich auf Kosten der gleichen deutschen Arbeiter, die jetzt keine Hand rühren sollen, um die „Pläne der Feinde“ zu verwirklichen. Wenn das „Geschäft“ dann zustande gekommen ist, wäre die „Deutsche Tageszeitung“ das erste Organ, das die Entente zu den schärfsten Maßnahmen gegen die ruhenden Hände der deutschen Arbeiter ermuntern würde. Das wissen die deutschen Arbeiter und deshalb werden sie den todenden Tönen der Rattenfänger die Gefolgschaft verweigern.

Die Reaktion und die Presse

Heile, 3. Mai.

Die „Halleische Zeitung“ war durch den Oberpräsidenten Göring für 10 Tage verboten worden. Das nach Verbot der „Halleischen Zeitung“ im gleichen Verlage neu erscheinende „Halleische Tageblatt“ wurde gleichfalls verboten und dem Verlag die Herausgabe jeder periodisch erscheinenden politischen Zeitschrift für die erwähnte Dauer unterlag. Seit gestern erschien dann die in der Weissenburgerdruckerei hergestellte „Halleische Tageszeitung“ für Ordnung und Recht. Der Verlag erhob an zuständiger Stelle Beschwerde und daraufhin sind heute beide Verbote durch den Reichsratsauschuss als formell und sachlich unbegründet aufgehoben worden, da sie Strafmaßnahmen darstellen und als solche unzulässig sind.

Es wäre interessant zu erfahren, wann der Reichsausschuss je das Verbot eines links stehenden Blattes aufgehoben hätte! Wiederum zeigt es sich, daß in diesem Ausschuss der alte konservative Geist des selig entschlafenen Bundesrates lebendig ist.

Der Friede von Trianon

Nachdem der Friede von Trianon vom englischen Parlament ratifiziert wurde und die französische Kammer diesem Beispiel in Kürze folgen dürfte, tritt die Frage der Uebergabe Westungarns an Oesterreich in ihr entscheidendes Stadium. Nach dem Beschluß der Entente-Großmächte soll die Uebergabe 14 Tage nach Inkrafttreten des Friedensvertrages erfolgen. Die ungarische Regierung scheint indessen gar nicht daran zu denken, sich dieser Bestimmung zu fügen, vielmehr denken zahlreiche Anzeichen darauf hin, daß der berühmte Oberst Lehar beabsichtigt, sich nach dem Vorbild d'Annunzios in Fiume durch einen Handstreich mit seinen Terrorbanden zum Herrn des westungarischen Gebietes zu machen und die Herausgabe an Oesterreich zu verweigern. Das Kabinett Weisler, das diesen Plan billigt und unterstützt, würde dann heuchlerisch behaupten, daß Lehar auf eigene Faust vorgegangen sei. Im Zusammenhang hiermit verdient Erwähnung, daß infolge des weißen Terrors heute nicht nur die deutsche Bevölkerung Westungarns, sondern auch die ungarische Minderheit nichts schuldiger herbeiwünscht, als die Befreiung vom Hordenthum und die Vereinigung mit Oesterreich.

Die Volksvertretung des Gebietes von Baranya richtete an die jugoslawische Regierung das Ersuchen, die militärische Besetzung auch nach der Ratifizierung des Trianoner Friedens aufrechtzuerhalten, da sonst die arbeitende Bevölkerung schutzlos den Raubgeiern der einmarschierenden Hordentruppen preisgegeben wäre.

Keine Neuwahlen in Braunschweig. Der braunschweigische Landtag lehnte gestern den Antrag auf Neuwahl des Landtags im nächsten Monat ab.

Theater und Vergnügungen

Volkshöhne
7 1/2 Uhr: **Antigone**

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 44
7 Uhr: **Jugend**

Staatstheater
Opernhaus
7 1/2, 11, 12 Uhr: **X. Sinfonie-Konzert**
Opernhaus
7 Uhr: **Maria Magdalena**

Direction: **Max Reinhardt**

Deutsches Theater
7 1/2, 11, 12 Uhr: **Verdammnis**

Kammerspiele
7 1/2, 11, 12 Uhr: **Mesalliance**

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 1/2, 11, 12 Uhr: **Die Sommerhochzeit**
(24. Abtheilung, 4. Abend)

Lessing-Theater
Direkt.: **Victor Barnowsky**
Heute und morgen 7 1/2, 11, 12 Uhr:
7 1/2, 11, 12 Uhr: **Gespensiter**
Lassen, Kleider, Abel, Edh, Doss
Freitag 7 Uhr: **Peer Gynt**
Sonnabend bis Montag 7 1/2, 11, 12 Uhr:
Gespensiter

Deutsches Künstler-Theater
Königsplatz 7 1/2, 11, 12 Uhr:
Die seltsame Gräfin
(Khalber, Junkermann, Müller)

Theater a. Kottbus
Kottbuser Straße 6
Täglich 7 1/2, 11, 12 Uhr und in
halben Preisen Sonntag
nachm. 3 Uhr

Elite-Sänger
Neues Programm!
Donnerk. 11-12, und 6-8 Uhr.

Thalia-Theater
7 1/2, 11, 12 Uhr: **Mascottchen**

Rose-Theater
7 1/2, 11, 12 Uhr:
Nur nicht drängeln

Walhalla-Theater
7 1/2, 11, 12 Uhr:
Die Scheidungsstelle

Café-Theater
7 1/2, 11, 12 Uhr:
Bollrich & Sohn
Beg. 3 1/2, 11, 12 Uhr: **Höllengarten**

Folies Caprice
am Oranienburger Tor
am Badefstrand
mit **Herb. Grünacker**

Residenz-Kasino
Stumenstraße 10
Täglich:
Großer
Witwenball

Theater am Neuplatz
Donnerstag, den 5. Mai 1921, 1/2, 12 Uhr vormittag:
Populäre Matinee
Elizabeth Duncan Schule
Spiele, Reigen und Tänze
Einheitspreis Mk. 1.50
Karten bei Metz und Tageskasse

Sommer-Theater Schweizergarten
Am Friedrichshain 29-32
Telephon: Post 671
Direction **Wilhelm Herrmann**
im herrlichen Sommergarten
Donnerstag, d. 5. Mai 1921 (Himmelfahrt)
und
Sonntag, den 8. Mai 1921
Auf vielfachen Wunsch! Nur diese 2 Aufführungen von
Ueber'n großen Teich

Große Aufführungsgesellschaft von Schilling. Mit Frau
Director Herrmann als **Mina Brandt** und Herrn
Erik Franzen als **Helmut Lehmann**.

Dazu das neue hervorrag. Spezialitäten-Programm.

Quart 2.— Mk. Refen. Platz 1.40 Mk.
Anfangsöffnung 2 Uhr. Anfang der Vorstellung 4 Uhr.

METROPOL
Karlstraße 54
pr. 7 1/2, 11, 12 Uhr
12. Mai-Attraktionen

Geld
für jede Verlecher. Höchste An-
kaufpreise für Goldschmiede,
Perlantien, Goldgegenstände,
Erasche, Münzen usw. **Wolff**,
Friedrichstr. 41, 11. Eder Koch-
straße.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsjahre Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorn. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Grute, Mittwoch, den 4. Mai 1921, abends 6 1/2 Uhr.
im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15 (Saal 4)

Branchen-Versammlung
der Rohrleger und Heizer.

Tagesordnung:
1. Bericht über den Stand der Tarifverhandlungen.
2. Ergänzungswahlen zur Agitationskommission.
3. Verband und Branchenangelegenheiten.
4. Beschlüsse.

Mitgliedsbuch legitimiert!
Die Ortsverwaltung.

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl
Billige Preise.
1. Mohrenstr. 37
(Kolonnaden)
11. Or. Reichstr. 115
(nahe Andreasstr.)
Auswahlendung (sof-
ort) Zentrum 7800
Sonntags geschlossen.

H. S. P.
Schöneberg-Kirchdamm
Am 28. April 1921
schickte nach langem
schwerem Leiden unser
lieber Herr
B. Emil Engelhardt
Königsplatz 10.
Eure seinen Ansehen!
Beerdigung Mittwoch,
d. 4. Mai, nachm. 3 Uhr,
Friedhof Danksch. Höhe.
Um rege Beteiligung
erhielt
Die Geschäftsleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsjahre Berlin
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nach-
richt, daß folgende Mit-
glieder gestorben sind:
Der Schloßer
Willi Schönfeld
am 27. April. Die Be-
erdigung findet am Mit-
woch, den 4. Mai, nach-
mittags 1/2 5 Uhr, von der
Leichenhalle des West-
friedhofes in Köpenick,
aus statt.
Der Werkzeugmacher
Emil Engelhardt
Schöneberg, Königsplatz 10
am 28. April. Die Be-
erdigung findet am Mit-
woch, den 4. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des West-
friedhofes in Köpenick,
aus statt.
Der Schloßer
Wilhelm Adameit
am 30. April. Die Be-
erdigung findet am Mit-
woch, den 4. Mai, nach-
mittags 1/2 5 Uhr, von der
Leichenhalle des West-
friedhofes in Köpenick,
aus statt.
Eure ihrem Andenken!
Rege Beteiligung wird
erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Theater i. d.
Königsgräber Str.:
Täglich 7.30 Uhr: Das Volkspiel:
Rugby

Komödienhaus:
Königsplatz 7 1/2, 11, 12 Uhr:
Die Sache mit Cola
mit **Max Falkenberg**

Berliner Theater:
Königsplatz 7.30 Uhr:
DAS
Milliarden
SOUPER
Hilke Böhm, Käthe Richter,
Kobler, W. Günter, Gerh. Riser,
Paul Richter

Komische Oper
Täglich 7 1/2, 11, 12 Uhr:
Alt-Heidelberg
Oper von **Schierott**

Trianon-Theater
Täglich 8 Uhr:
Rosen
von **Hermann Sudermann**
(Olga Limburg, Gerda Töller,
Käthe Gensch, Folkert Rein,
Hilke Böhm, Schierott, Erdmann)

Luna-Park
Halensee

Wiedereröffnung
nachmittags 2 Uhr
Himmelfahrt

Aufsehenerregende
neue Attraktionen

Residenz-Theater
Täglich 7 1/2, 11, 12 Uhr:
Das Privileg
Paul Wegener, Gerda Töller,
Käthe Gensch, W. Edgar Vidor

Kleines Theater
7 1/2, 11, 12 Uhr: **Nur ein Traum**
Suffpiel von **Richard Schickel**
(Olga Limburg, Eugen Burg)

Theater
am **Kollendorferplatz**
7 1/2, 11, 12 Uhr:
Der Bettler aus Dinsda

7 1/2, 11, 12 Uhr:
Apollotheater 7 1/2
Friedrichstraße 211
Naturalistische
Neuzeit
im Reiche der Venus
und weiters 10 Sen-
sationen.

Dampfer-Extrafahrten
Ab **Waisenbrücke**
Himmelfahrt und 1. Pfingstfeiertag nach
Kranpurg, Zwickau, Berliner Schweiz.
Abfahrt 8 1/2, und 2 1/2, 11 Uhr. Gebr. Stube.

Glühlampen
Halbwattlampen (inkl.)
Electro-Instal. + Material
kauft
Schröder, Bernauer Str. 101.
Fährplatz, 111.

Schokoladen
Weinberg, Keller, Gella usw. **Neuerstraße 70.**
Stauflungen 130.— an. Oriental 8 1/2
Kuchent, Kakaobutter 20.—
Gute Auswahl für
verkauft, Neuzugabe,
stets usw.

M. Kampfhenkel,
Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandl. „Freiheit“, Breite Str. 8-9

Sieben erschienen:
Handbuch für Betriebsräte
Von **Rudolf Weck**, Arbeiterssekretär
10.— Mark, gebunden 15.— Mark
für Betriebsräte, Gewerkschaften, Organisationen
(im Buchhandel 15.— Mark, gebunden 20.— Mark)
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Am Donnerstag, den 28. April verstarb nach kurzem
Leiden meine liebe Frau
Anna Plasse
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Mai,
nachmittags 1/2 5 Uhr in **Stauflungen** statt.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Libert Plasse

Parteisekretär
Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei
Nürnberg hat zum 1. Juli 1921 einen tüchtigen
Parteisekretär, der allen Anforderungen, die
an einen solchen gestellt werden, voll und gänzlich
entspricht. Ehrf. Bewerbungen bis 15. Mai an
M. Schneider, Nürnberg Humboldtstr. 8, erbeten

„Skythen“-Verlag
BERLIN W 30, Eisenacherstraße 10
Sieben erschienen:
Alexander Schreiber
Das Räte-system
(Verfassungsentwurf und Denkschrift.)
122 Seiten Mark 12

VARIÉTÉ in höchster VOLLENDUNG
Das neue Programm
SCALA
Täglich 7.30
Himmelfahrt: Istag nachm. 3.30 das volle P.P.-programm zu halben Preisen.

Parkett: 3.00 8.00 u. 12.50 Mk.
Rang: 5.50 8.00 u. 12.50 ..
Sperrplatz: 15.00 u. 18.00 ..
Orchester: 2.50 ..
Logen: 15.00 bis 40.00 ..

Täglich 7.30
SCALA
Die neuen Preise
(einschl. Steuer)

Concertabend an der Spitze von 10-2 Uhr,
sowie bei A. Weinberg und Spezialisten.

Anzüge
400 Mark
Covercoats, Raglans, Cutaways, Rosen
Verkauf zu enorm billigen Preisen
Keine Lombardware
Leihhaus Friedrich-Strasse Nr. 2
Ankauf und Beleihung jeder Wertsache

Französischer Bisquit-Dobouché-, Franler-, Derby-
Cognac
Weinbrand-Verschnitt mit Flasche 42.50
Deutscher Weinbrand mit Flasche 45.50
17er Burgunder B. -auswahl ohne Steuer, Flasche 18.50
Schwerer, starker Malaga ohne Steuer, Flasche 24.75
Bowlenwein ♦ Obstschäumwein

Weißwein
empfehlenswert schon von 10.— an ohne Steuer.
Versand nach Mitteleuropa in Ballons, Flaschen und Waggons.
Für Wiederverkäufer besonders Preilliste.
J.F. Raueh
Engels-Bergstr. 34, Berlin 8214, Potsdamer Str. 54, Berl. rechts,
Schulze 4, Invaliden 164 u. 1. d. Alt. Köpenicker, Friedrichstr. 11,
St. Frankfort, 112, Schön. Allee 170, Brunnenstr. 174, Eder Str.

Kriegsanleihe wird zu 8 1/2%, in Zahlung genommen!
Nur für 2 Tage!!
Extra-Angebote!!
In Serien eingeteilt
Fantastie-Strickjacken in 5 Serien
41 79⁵⁰ 128 Kunstseide 165 Wolle 198
Serie I Serie II Serie I Serie II
Cov' rca'mäntel 172 260 Seidenglanz Popelinmänt. 187 240
Impr. S:Lenmäntel 241 385 Tuchmäntel 321 485
Mantelkleider hocheleg. Model'e, Einheitspreis 607
Kostüme 4 Serien 186 295 418 576
Gummimäntel für Damen 309, 478 Gummimäntel für Herren 325, 455
Besondere Gelegenheitskäufe!!
Plüschmäntel 525-856 Nette Pelzmäntel 2150-3350
Aspracha mäntel 290-438 Krimmermäntel 748-966
Stoffröcke 42 65 89 126-275

PLATIN
Gold Silber
Vordr.
alle Gebilte, Brennpunkte, Kontakte usw.
Infolge größt. Verleihung kann ich - wie 1919-20 - er-
höhter Preise anbieten! - Siehe meine Preisliste
Berlin 6., Steinfelderstraße 17 pr., Ecke Alexanderstraße
VOGLER

Erich Fuhrmann
Spezialgeschäft für Trauringe
Gotzkowsky-Str. 13
empfiehlt sich
allen
Brautleuten
Preisliste kostenlos

Ich besetze in Qualität und
Preis einzig dastehend
Ingenieur
Trauringe
Duk.-Trauring 900 Mk.
Trauring 585 gestemp. 95 Mk.
Trauring 331 gestemp. 58 Mk.
Trauring 331 gestemp. 58 Mk.
Man verleihe
Gewicht und Preis mit den
Preisen der Konkurrenz.

Ankauf von Gold-, Silber-, Platinbruch
infolge Selbstverwertung zu denkbar günstigen Preisen.
Telephon: Amt Moabit Nr. 9354

Der Mieterschutz
Preis
4
Mark
Beste gemeinverständl. Darstellung
des Mieterschutzes und der höchst-
möglichen Ordnung / Von Dr. Paul
Berth und Rechtsanwalt Dr. Kurt
Boenheim / Mit Nachtrag.
Die Änderungen des Mieterschutzes
Zustimmend
lovere bei der
Buchhandlung Freiheit / Berlin C 2

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
1 Exemplar der zwei mal täglich erscheinenden Zeitung
„Freiheit“
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
mit der in der nächsten Nummer erscheinenden
illustrierten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“
zum Preise von Mk. 10.— monatlich, Mk. 5.— halbmönatlich,
bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____
Ort: _____
Straße: _____
(Namen deutlich schreiben, Briefe genau ausfüllen, vom, auf, durch)

Dieses Bestellschein bitten wir an die Hauptredaktion, Berlin C 2,
Breite Straße 8-9, einzusenden.
Der Verlag.

Groß-Berlin

Maienfest der Naturfreunde

Es ist etwas Eigenartiges um das Feste feiern des Proletariats. Der sorgfältig ausgearbeitete Inhalt scheitert in den meisten Fällen an der Lokalfrage. Der revolutionäre Standpunkt unserer Veranstaltungen wird durch den hieranbietenden Kellner zur Farce. Unsere Feste in Gartenlokalen mögen ja mit ihrem Platz und Kaffeekocher recht „gemütlich“ sein, unserem ewig vorwärtsdrängendem Charakter entsprechen sie nicht, ein wirkliches Volksfest suchen wir auch hier vergeblich.

Zahlreich schon geben die Arbeiter-Wanderez dem Proletariat in Sonnenwendfestern und ähnlichem, Gelegenheiten, Volksfeste in reiner Freude zu erleben. Am Himmelfahrtstage, wo Hunderte von Berlinern — auch proletarische — die bewährten „Hertenpartien“, zu Ehren des Bauereilapitals, unternehmen, treffen sich die Naturfreunde zu einem Maienfest in ihrem eigenen Landheim Meißnerhof (40 Minuten von Hennigsdorf).

Die alte Kattanie, die treue Wächterin des Landheims, hat sich in ein leichtes Feiertagsgewand gehüllt und unablässige Kränze aufgesetzt; sie erwartet ja zum Maienfest großen Besuch. Nicht nur ihre alten lieben Freunde kommen, nein, alle die wertvollen Großstadtkindchen, denen dieser Tag wirklich ein Tag voll Feststimmung sein soll, sie alle sind ja eingeladen. Und die riesige Spielwiese ist glücklich, daß sie wieder einmal so vielen licht- und luftwichtigen Großstädtern als Tummelplatz dienen kann. Die drei Bauernhäuschen, die den Flecken Meißnerhof bilden — scheinbar vergessen vom nahen „Kultur“-betrieb, sie sind in ihrer ruhigen Sorglosigkeit allein schon des Besuches wert. Tatkräftig und zielbewußter Wille haben in diesem Jagd musterhafte Schlaf-, Küchen- und Aulenhäuser geschaffen, und die Arbeiterwanderer, insbesondere die Jugend, weiß das dem Touristenverein „Die Naturfreunde“ zu danken.

Diese Organisation stellt am Himmelfahrtstage zu jedem einlaulenden Zuge am Bahnhof Hennigsdorf Führer. Die Festfolge beginnt gegen 3 Uhr und endet mit einem Szenenspiel aus Gerhardt Hauptmanns Märchen „Die versunkene Glocke“.

Genossen, Ihr, die Ihr alle an einem einzigen Tage ein wenig Euer Menschentum erkennen wollt, kommt am 3. Mai nach Meißnerhof zum Maienfest!

Das Fest beginnt 3 Uhr nachmittags. Die Darbietungen sind gemeinsamer Gesang, Volkstänze, Madeltänze, Rezitation und ein Szenenspiel aus Gerhardt Hauptmanns Märchen „Die versunkene Glocke“. Hennigsdorf ist zu erreichen mit den Zügen 8.00, 8.30, 7.00, 8.00, 8.30, 9.30, 10.30, 12.00, 1.00, 1.30 ab Steinitzer Vorortbahnhof. Zu allen Zügen sind Führer am Bahnhof anwesend.

Ein Urteil zur Kommunalisierung

Ein für die Gemeinden, die zur Kommunalisierung des Lebensmittelhandels übergegangen sind, wichtiges Urteil fällt kürzlich das Landgericht II Berlin.

Die üblichen Erfahrungen mit den Kleinhändlern während der Kriegszeit hat, wie in vielen anderen Gemeinden, auch in Alt-Glienicke bei Berlin der neuen Gemeindevertretung Veranlassung gegeben, eigene Gemeindeverkaufsstellen einzurichten, in denen die rationierten Lebensmittel neben anderen Waren an die Einwohnerzahl direkt abgegeben werden. Die Kleinhändler, die durch die Entziehung der rationierten Lebensmittel einen erheblichen Verlust hatten, liefen gegen die Kommunalisierungsbestimmungen der Gemeinde heftig Sturm. Sie machten die Aufsichtsbehörde mobil und suchten die gemeindlichen Einrichtungen bei dieser in Mißtraut zu bringen und sie zum Einschreiten zu veranlassen. Als ihnen dies aber nicht gelang, und die Gemeinde von ihrem einmal beschrittenen Weg der Kommunalisierung nicht abging, zogen die Kolonialwarenhandeler durch ihre Interessenorganisation, den Reichsverband deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler Berlin, die Klage auf Schadenersatz an. Die Klage stützte sich in der Hauptsache auf § 823 des BGB., wonach jeder, der vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, die Gesundheit, die Freiheit oder das Eigentum eines anderen widerrechtlich verletzt, zum Schadenersatz verpflichtet ist.

Die Klage wurde indessen nach langwierigen Verhandlungen vom Landgericht II Berlin abgewiesen. In der schriftlichen Begründung des Urteils heißt es:

Die Verfügung der Gemeinde, die rationierten Lebensmittel nicht mehr den Kleinhändlern zum Vertrieb zu überweisen, worin der Kläger eine unerlaubte Handlung im Sinne des § 823 des BGB. erblickt, ist in Betätigung obrigkeitlicher Gewalt erfolgt. Die Gemeinde ist zu ihrer Vornahme an sich zuständig — so gemäß § 12 der Verordnung über Preisprüfungsstellen vom 25. September bzw. 4. November 1915 — wenn auch nur unter bestimmten Voraussetzungen. Die Rechtswidrigkeit einer in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgenden Handlung kann nur in dem Fall § 823 des BGB. als eine unerlaubte Handlung begründet werden. Eingriff in private Rechte Kraft einer Betätigung der öffentlichen Gewalt im Rechtswege kann nicht gerügt werden. Die Gerichte haben über die Zulässigkeit solcher Akte nicht zu urteilen. Im vorliegenden Falle war der Rechtsweg nur dann gegeben, wenn er auf § 823 des BGB. begründet würde. Daß aber gemäß § 823 des BGB. ein Beamter der Gemeinde vorsätzlich und fahrlässig die ihm den Kaufleuten gegenüber obliegende Amtspflicht verletzt habe, hat der Kläger weder behauptet noch dargetan. Somit entfällt die einzige Möglichkeit, für die Klage den Rechtsweg zuzulassen. Die Klage war deshalb abzuweisen.

Das Urteil, das den Haß der Kleinhändler gegen die Kommunalisierungsbestrebungen nur noch mehr gesteigert hat, ist im Interesse der Förderung der Gemeinwirtschaft zu begrüßen.

Zur Verringerung des Straßenbahnpersonals

In nächster Zeit soll die Entlassung des durch Einziehung mehrerer Linien überflüssig gewordenen Personals in Stärke von etwa 2500—3000 Personen beginnen. Gegen diese Einschränkung des Fahr- und Betriebspersonals macht sich in den Kreisen der Straßenbahner eine sehr starke Abneigung geltend. Innerhalb des Betriebsrates und des Transportarbeiter-Verbandes hat man sich mit der angefügigten Betriebsbeschränkung bereits in mehreren Sitzungen beschäftigt und ein Protest des Betriebsrates ist bereits den sozialistischen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zugegangen. Die Führer der Straßenbahner haben erklärt, daß man sich der Entlassung von 3000 Angehörigen des Verkehrspersonals mit allen Mitteln widersetzen werde. Die Gewerkschaften haben davor gewarnt, die Arbeitslosigkeit durch die geplante Maßnahme noch zu vergrößern und seitens des Verkehrspersonals ist der Vorschlag gemacht worden, daß die Direktion, um Härten zu vermeiden, die sechsstündige Arbeitszeit einführen solle, um den gegenwärtigen Personalbestand zu erhalten.

Der Magistrat wird sich gemeinsam mit der Direktion der Straßenbahnen mit diesen schwebenden Fragen beschäftigen. Wie verlautet, will man zunächst die Beamten, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, in den Ruhestand versetzen. Zur Entlassung sollen vor allen Dingen diejenigen Schaffner oder Fahrer kommen, die eine Doppelerföhrung haben, die im Nebenberuf Führerstellen bekleiden, oder Geschäfte haben. Ferner trägt man sich mit dem Gedanken, den ausscheidenden Angestellten eine Abfindungssumme zu zahlen, deren Höhe allerdings noch nicht feststeht. Wie verlautet, will man denjenigen Straßenbahner, die freiwillig ihren Austritt erklären, eine Abfindung von 2000 M. zahlen. Ob dieser Plan sich verwirklichen läßt, ist allerdings sehr fraglich, da die Stadtverordnetenversammlung für diesen Zweck vier bis sechs Millionen Mark bewilligen müßte.

Siedlungspolitik und Eisenbahntarif

Trotz der ungezählten Millionen Mark, die zur Förderung des Wohnungsbaus in den Jahren nach Friedensschluß vom Reiche, Staat und Gemeinden ausgegeben worden sind, ist von einer Linderung der Wohnungsnot noch nichts zu merken. Auch in den nächsten Jahren wird aller Voraussicht nach das Bild auf dem Wohnungsmarkt noch das gleiche bleiben. Trotz aller dieser Schwierigkeiten hat jetzt die Eisenbahnverwaltung eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die jeder Siedlungspolitik entgegenwirken müßten. Am 1. April wurde, wie zu wiederholen, wurden am 1. April als erste Maßnahme die Monatsnebenarten aufgehoben; als zweite Maßnahme sollen die Fahrpreise für sämtliche Eisenbahnfahrten vom 1. Juni ab um etwa 30 vom Hundert erhöht werden, und endlich ist die Ausdehnung des Vorortverkehrs um Berlin ablehnend beschieden worden. Gemäß der neuen Grenzen von Groß-Berlin müßte, wenn man von einem Vorortverkehr um Berlin sprechen wollte, auf fast sämtlichen Strecken die Vorortgrenze um etwa 20 Kilometer hinausgeschoben werden. Unter Hinweis auf den dadurch entstehenden Einnahmeverlust ist dieses Anpassen an die heutigen Verhältnisse trotz der Einsprüche der Anlieger vieler Eisenbahnstrecken im Osten, Norden und Süden

Berlins nicht entprochen worden. Ja selbst den Bewohnern, die innerhalb der Vorortzone wohnen, ist die Beschäftigung in Berlin nahezu unmöglich gemacht worden. Sie werden gezwungen, wollen sie ihre Arbeit nicht aufgeben, nach Berlin zu ziehen. Den geringen Vorteilen des Wohnens in geländer Umgebung stehen zahlreiche Nachteile gegenüber. Die Eisenbahnfahrt ist unbequem und zeitraubend, eine Mittagspause durch die Fahrt nach Hause, ist den meisten Vorortbewohnern unmöglich gemacht und das Wohnen selbst ist im Gegensatz zum Frieden, erheblich teurer geworden als in Berlin. Neben den finanziellen Mehrleistungen, die durch Mietaufschlag um entstehen, müssen auch die Beiträge, die für Eisenbahn- und Straßenbahnfahrt zu zahlen werden, zum Miets- oder Kaufpreis zugerechnet werden. Außerdem dürfen aber auch die Mehraufwendungen, die durch die Aufhebung der Monatsnebenarten in der Familie entstehen, nicht außer acht gelassen werden. Die letzte Wirkung dieser Maßnahmen wird also die sein, daß selbst, wenn billige Wohngelegenheit zur Genüge in den Vororten Berlins in Höhe und Fülle zur Verfügung kämen, würde doch die Wohnungsnot der unheimlichen Preispolitik der Eisenbahn wegen in gleicher Schärfe bestehen bleiben und zuletzt würde Berlin selbst wieder zum Bau von Mietskasernen schreiten, um dem Wohnungsmangel wirksam begegnen zu können.

Ein Vorstoß der Händler

Die Vertreter der Händlerinteressen im Reichstag haben an die Reichsregierung eine Anfrage gerichtet, die sich mit dem Verkauf der zum Teil in Berlin eingekauften Heringe der Reichsfischverforgung beschäftigt. Die Händler behaupten, durch die Senkung des Preises, die auf reichsbehördliche Anordnung erfolgte, erheblich geschädigt worden zu sein. (Daß vorher durch die Händler ein noch viel größerer Preis, nämlich das laufende Publikum und vor allem die arbeitende Bevölkerung erheblich geschädigt worden ist durch die hohen Preise des freien Handels, kümmert diese Herrschaften natürlich nicht!) Diese Anfrage zeigt recht deutlich, daß es dem Handel ganz ausschließlich auf seinen Profit ankommt, und daß ihm, um dieses Ziel zu erreichen, wirklich jedes Mittel recht ist. So behaupten die Händler z. B., daß diese Heringe nicht einwandfrei seien. Wer diese Heringe kauft, weiß, daß es sich um eine ganz einwandfreie Ware handelt, und es kann gar keine Rede davon sein, daß der Handel, wie es in der Anfrage heißt, „wegen Abneigung der Verbraucher gegen diese Ware“ sich zurückzieht, sondern der einzige Grund ist eben, daß der Handel glaubt nicht genug zu verdienen.

Dabei geht die Unverschämtheit des Handels so weit, daß er anfragt, ob die Regierung bereit sei, den geschädigten Handel zu entschädigen, mit anderen Worten: der Handel möchte aus öffentlichen Mitteln die ihm entgangenen Profite erstattet haben. Weiter kann die Dreistigkeit wirklich nicht getrieben werden!

Es ist der Arbeiterschaft dringend zu empfehlen, von den Händlern den Verkauf dieser Heringe zu fordern; außerdem wird, wie wir hören, sich auch der Konsumverein dafür einsetzen, daß die Beschöpfung dieses verhältnismäßig preiswerten Nahrungsmittels zugänglich gemacht wird. Es ist die höchste Zeit, daß auf solche Weise den einfach unverschämten Forderungen des Handels entgegengehandelt wird: nämlich durch die Selbsthilfe der kaufenden Bevölkerung.

Tumultschäden. Dem Magistrat gehen fortgesetzt Anfragen über den Tätigkeitsbeginn der gemäß § 6 des Reichsgesetzes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden zu bilden den Ausschüsse zu. Da diese Ausschüsse vom Polizei-Präsidium, Abteilung II, gebildet und diesem angegliedert werden, ist der Magistrat nicht in der Lage, die Anfragen zu beantworten.

6. Verwaltungsbezirk (Halleisches Tor). Am 29. v. M. tagte seit langer Pause wieder einmal die Bezirksversammlung. Die Sitzung gen lößen sordab Mittwoch stattfinden mit Ausnahme des zweiten Mittwochs im Monat. Die Deputation soll zukünftig aus sechs Mitgliedern — wovon unsere Fraktion drei stellt — drei Bürgerdeputierten und drei Mitgliedern des Bezirksamts bestehen, ebenso die Wohlfahrtsdeputation und Steuerdeputation. Ein Antrag unserer Fraktion wegen Beschöpfung des Neubaus in der Vorstraße 10, wo das Bezirksamt untergebracht werden soll, wurde angenommen. Ferner wurde vom Magistrat gefordert, die Stadthauptkasse anzuweisen, den Bezirksverordneten die haren Auslagen für Monatslatten der Straßenbahn zu ersetzen. Ein weiterer Antrag, die Sätze der Armenunterstützung um 100 Prozent rückwirkend vom 1. April 1921 zu erhöhen, wurde, wirkungslos vom Genossen Dischevski begründet und nach kurzer Aussprache angenommen. Zum Punkt 8 lag ein Protest der U. S. V.-Fraktion gegen die Einschränkung

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript Übersetzung von Hermann J. Müller. Copyright by Der Wolff-Verlag Berlin-Gatow 1921

(44. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Es war nicht nötig, Peter gegenüber die Bedeutsamkeit dieses Planes zu betonen. Konnten die Autoritäten beweisen, die Agitation für Mc Cormick und die anderen Gefangenen sei mit deutschem Geld finanziert, so würde das Publikum jede Maßregel gerechtfertigt finden. Könnte Peter nicht Mc Ginney einen deutschen Sozialisten nennen, der sich überreden ließe, mit dem Agenten des Kaisers Fühlung zu nehmen, diesen aufzufordern, für einen Generalstreik in American-City Geld zu geben? Etliche der großen Fabriken wurden eben für die Herstellung von Munition umgebaut, der Feind konnte durch Streiks und proletarische Unruhen nur gewinnen. Guffens Leute hatten lange vergeblich versucht, Deutsche zu veranlassen, für das Gooper-Verteidigungskomitee Geld zu geben; hier jedoch war eine noch weit günstigere Gelegenheit.

Peter erinnerte sich des Genossen Apfel, der einer der radikalsten Sozialisten und augenblicklich auch ein wilder Pazifist war, wie die meisten Deutschen. Apfel arbeitete bei einem Bäcker, sein Gesicht war mehlig-weiß, wie das des Teiges, den er wälzte, doch glühte es rot, wenn er sich in den Versammlungen erhob, um die Sozialpatrioten zu beschuldigen, die England zur Weltbeherrschung verhassten. Mc Ginney sagte, er werde sofort jemanden zu Apfel senden, ihm vorschlagen lassen, sich mit dem Agenten des Kaisers in Verbindung zu setzen. Peter bot an, selbst zu gehen, doch stattete der Kattengeföhrte dies nicht, Peter war zu wertvoll, durfte auf keinen Fall Apfels Verdacht erwecken.

56.

Peter hatte von Nell einen kurzen Brief erhalten, in dem sie ihm mitteilte, sie habe ihre neue Stelle angetreten, werde ihm bald weiteres berichten. So ging er denn zu Frieden wieder an seine eigene Arbeit. Der Erfolg der Sozialisten war, obwohl die Autoritäten alles taten, um ihn zu verhindern, erschreckend. Wie durch Zauberkräfte erschienen bei jeder Versammlung Söche von Zirkularen, wurden fortgetragen und verteilt, bevor die Autoritäten einschreiten konnten. Jeden Abend brüllten sich im Arbeiter-Tempel

Redner über den Fall Mc Cormick heifer. Um alles noch schwieriger zu gestalten, behauptete plötzlich eine obdure Ein-Cent-Zeitung von American-City, die immer mit den Arbeitern geliebäugelt hatte, die ganze Verschwörung sei ein abgefärbetes Spiel gewesen. Auch hatten die Roten entdeckt, daß ihre Briefe geöffnet oder nicht befördert wurden, und machten ein großes Geschrei, behauptend, es handle sich hier um Redefreiheit.

An diesem Abend sollte das Massenmeeting stattfinden. In der „Times“ forderte ein empörter Leitartikel das Verbot der Versammlung. Der Leitartikel war überschrieben: „Nieder mit der roten Fahne!“, und Peter begriff nicht, wie ihn ein reinblütiger, hundertprozentiger Amerikaner lesen könne, ohne zum Handeln getrieben zu werden.

Peter sprach dies auch Mc Ginney gegenüber aus, der erwiderte: „Wir werden schon etwas tun, warten Sie bloß ab.“ Und richtig, am Nachmittag brachten die Zeitungen die Nachricht, der Bürgermeister von American-City habe den Besitzern der Halle mitgeteilt, sie seien für alle aufstörerischen, aufheben den Bemerkungen, die während des Abends gemacht würden, verantwortlich. Außerdem sei es den Bürgern verboten, sich auf der Straße anzufammeln, die Polizei werde vor der Halle sein, um Ordnung und Gesetz zu schützen. Die Besitzer der Halle hatten sich daraufhin gewiegert, die Halle zu vermieten. Peter eilte in das Bureau des „Volks-Rates“, fand dort ein reges Treiben vor. Die Sozialisten versuchten vergeblich, ein anderes Versammlungsort zu bekommen. Von Zeit zu Zeit begab sich Peter in eine Telefonzelle, sprach mit Mc Ginney, der dann seinerseits Guffens verständigte. Dieser wiederum wandte sich an den Sekretär der Handelskammer, die Hallenbesitzer wurden angerufen, entweder vom Direktor der Bank, die auf ihrem Haus eine Hypothek hatte, oder vom dem Direktor des Philharmonischen Orchesters, das bei ihnen seine Konzerte zu geben pflegte.

Derart kam es, daß an jenem Abend kein Meeting zustandegebracht wurde. Und auch an diesen folgenden Abenden konnte dies nicht geschehen. Guffens Agentur hatte inzwischen die deutsche Spionageschichte ausgebeutet, am folgenden Morgen wurde die erste Seite der „Times“ von der aufregenden Enthüllung ausgefüllt, daß ein gewisser Karl von Stroeme, Agent der deutschen Regierung, und angeblich ein Neffe des deutschen Kanzlers, in American-City verhaftet worden sei. Er habe sich als schwedischer Nahrungsmittelagent ausgegeben, tatsächlich jedoch habe er Bombenverschwörungen gegen eine Munitionsfabrik finanziert. Drei von seinen Helfershelfern seien zur gleichen Zeit mit

ihm verhaftet worden, auch habe man eine Anzahl äußerst wichtiger Dokumente gefunden, die unter anderem Wichtigen auch die Enthüllung brachten, von Stroeme sei mit einem ultraroten deutschen Sozialisten in Verbindung gestanden, einem Beamten der Brot- und Zuderbäcker-Gewerkschaft namens Ernst Apfel. Außerdem war erwiesen, daß Apfel Geld genommen und unter etlichen deutschen Roten verteilt habe, die es in den Verteidigungsfonds gesteckt, damit Zirkulare gedruckt hätten, die zum Generalstreik aufforderten.

Peters Herz bebte vor Erregung, es pochte noch heftiger, da er nach dem Frühstück die Hauptstraße entlang schlenderte. Er sah große Ansammlungen von Menschen, überall wehten Fahnen, es war wie am Tag des Kriegsbereitungsparades. Seltsame Aengste quälten Peter, er stellte sich ein neuerliches Bombenattentat vor; dennoch vermochte er der Menge, den erregten Gesichtern, der ansteckenden Begeisterung nicht zu widerstehen. Nun erschien eine Musikkapelle, prächtige kriegerische Musik ertönte, dann marschierten Soldaten die Straße entlang, trab, trab, trab — schallgeleitete Barföhrer, eine Reihe nach der anderen, schwere Tornister auf dem Rücken und nagelneue Flinten. Unsere Jungens! Unsere tapferen Jungens! Gott segne sie!

Es waren drei Regimenter der 23. Division, die vom Lincoln-Lager kamen, um eingeschifft zu werden. Dies hätte freilich vom Lager aus gesehen können, doch hatte das Publikum nach dem Anblick der Soldaten verlangt, und nun kamen sie, mit Musik und Fahnen, begleitet von glühenden, begeisterten Bewunderern — zwei endlose Reihen von Leuten, halb wahnhaftig vor Patriotismus, brüllend, singend, Taschentücher und Hüte schwenkend. Die ganze Straße wurde zu einem einzigen Gewirr, einem Fiebertraum. Peter sah die Reihen, bemerkte das taktmäßige Marschieren, hörte den Donner der Füße. Er sah die jungen, knabenhaften Gesichter, grimmig und stolz, die Augen in die Ferne gerichtet, als ahnten sie, dies sei vielleicht das letzte Mal, daß sie die Vaterstadt erblickten, sie würden vielleicht von dieser Reise nie wiederkehren. Unsere Jungens! Unsere tapferen Jungens! Gott segne sie! Peter schnürte sich die Kehlen zusammen, ein Gefühl der Dankbarkeit gegen die Männer, die ihn und das Land verteidigten, überkam ihn. Er ballte die Fäuste, biß die Zähne zusammen, beschloß von neuem, die schlechten Menschen, die Denkmalsverwüster, die Drückeberger, die Pazifisten und Aufrührer, die nicht an diesem ruhmreichen Abenteuer teilnehmen wollten, zu bestrafen.

(Fortsetzung folgt.)

Lung des Strakenbahnverkehrs und Entlassung von 2000 Angestellten vor. Genosse Poole begründete einen vorliegenden Antrag, welcher die Einrichtung des Jontariffs und niedrigeren Fahrpreises empfahl. Der Genosse Loos wehrte sich dagegen, daß überhaupt in jehziger Zeit daran gedacht wird, Arbeiter oder Angestellte zu entlassen. Gegen einzelne bürgerliche Stimmen fand dieser Antrag alsdann auch Annahme. Die Fortsetzung der Sitzung wurde hierauf vertagt.

Bezirksversammlung Neukölln. Einen lebhaften Verlauf nahm die Bezirksversammlung im Rathaus Neukölln am Montag. Nachdem die Deputationen gebildet waren, stand eine Anfrage der A. P. D. auf der Tagesordnung, die sich mit der Betriebs-einschränkung in den Regiebetrieben befaßte. Die Kommunisten hatten einen Redner vorgeschickt, der augenscheinlich nicht recht wußte, um was es sich handelte, und infolgedessen sehr viel zur Belustigung der Versammlung beitrug. Erstler zu nehmen war er allerdings, als er den Bürgerlichen versuchte Material zu geben, um den Betrieb in den Regiebetrieben zu distrebillieren. Mit der Anfrage der A. P. D. verbunden war eine Anfrage der Bürgerlichen, ob das Bezirksamt bereit ist, eine Bilanz der städtischen Betriebe vorzulegen. Genosse Kaditz lagte dies als Vertreter des Bezirksamts zu, es war ihm ein Leichtsinn, sowohl die von dem bürgerlichen Redner vorgebrachten Anklagen, in bezug auf Unrentabilität usw. zu entkräften, als auch die kommunistischen Vorwürfe zu zerstreuen. Die zweite Anfrage der Kommunisten befaßte sich mit dem Vorwurf der Protokollführung eines jetzigen Magistratsmitgliedes. Stadtrat Dr. Brumby setzte, durch Genossen Freund wirksam unterstützt, den kommunistischen Redner derartig auf den Sand, daß es ziemlich lange Geduldi gab; von der Anfrage blieb nichts übrig. Dann kam das gute Herz der Kommunisten für die Arbeitslosen an die Reihe. Was gedenkt das Bezirksamt zu tun, um der Not der Arbeitslosen zu steuern? Wären nur recht viel Arbeitslose zur Stelle gewesen, sie hätten sich mit Entzückung von der Komödie abgewandt, die aufgeführt wurde. Der kommunistische Redner ging auf das Thema überhaupt nicht ein, sondern benutzte die Gelegenheit, um eine Schreie gegen einzelne Mitglieder der U. S. P.-Fraktion zu halten, die vielleicht das Uebelste darstellt, was bisher auf diesem Gebiet geleistet wurde. Ein kleiner Tumult schloß sich an, und der größte Teil der Tagesordnung mußte vertagt werden. Gibt es noch Arbeiter, die das schändliche Treiben der Kommunisten in den Gemeindeparlamenten unterstützen können?

Die Ausgabe der Lebensmittelkarten für die Zeit vom 9. Mai bis 5. Juni 1921 nach der heutigen Bekanntmachung des Bezirksamts XIV (Neukölln), auf die besonders hingewiesen wird, am 6. und 7. Mai. Ausgegeben werden Brotkarten für 4 Wochen.

Wegen Verhinderung von Gewehren und Handgranaten der deutschen Einwohnervwehr hatte sich der Förstner Carl Thiem und der Kriminalwachtmeister Paul Naujoks vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten. Bei Bildung der Einwohnervwehr in Berlin wurden die erforderlichen Gewehre und Handgranaten aus den Beständen der Reichswehr an die einzelnen Wehren verliehen und bei bestimmten Persönlichkeiten unterge stellt, zum Teil unter Abnahme der Schloßer, um Mißbrauch zu verhindern. Als der Rapp-Putsch Anfang 1920 erfolgte, wurde die Situation für die Einwohnervwehr im Norden bedenklich; infolgedessen brachte der Gruppenführer Schmidt zu den Gewehren, die der Angeklagte Thiem schon hatte, noch eine große Anzahl von Gewehren, in Säcke verpackt, zu diesem noch ein anderer Gruppenführer. Th. hat nun einen Teil der Gewehre nach Erkennen der Waffenabgabeverordnung des Kommissars Peters durch eine Frau auf einem Wagen bei der Ablieferungstelle für die ausgeleihte Belohnung abgeben lassen und das Geld erst nach erfolgter Anzeige herausgegeben. Weitere Gewehre hat er dem Militärangestellten Naujoks zur Ablieferung ausgehändigt, der sie ebenfalls zur Waffenablieferung gebracht hat. Gegenüber den auf sechs Wochen Gefängnis wegen Unterschlagung lautenden Anträge des Staatsanwalts beantragte Th. M. Bahn die Freisprechung, da die Angeklagten nach Erlass der Ablieferungsverordnung angenommen hätten, daß die Gewehre usw. nicht mehr an die Reichswehr zurückzuliefern wären. — Das Gericht erkannte auf je 700 M. Geldstrafe.

Eine „Tonne“ polnischer Tausendmarktscheine beschlagnahmt. In der Grenadierstraße und ihrer Umgebung, besonders auch auf der „polnischen Börse“, die dort in der Gegend ihren Sitz hat, werden seit einiger Zeit sehr schwunghaft polnische Tausendmarktscheine, in Paketen zu 100 Stück, gehandelt. Diese Pakete gehen in der Regel durch viele Hände und ebenso viele Taschen, sie werden dabei etwas rund und haben aus der so unwillkürlich abgerundeten Form heraus, jetzt die technische Bezeichnung „Tonne“ erhalten. Die Gollitzer hielten ihre Tonne jedem an, indem sie einen Abnehmer erblicken zu können glauben. So finden sie wohl leicht Kunden, können aber ebenso leicht an den Unrechten geraten, wie es gestern dem Händler Liebeskind aus der Grenadierstraße 20, erging. Er fragte einen Mann, ob er eine „Tonne“ kaufen wolle, sie sollte 325 deutliche Mark kosten, und ausgehändigt werden, sobald der Verkäufer das Geld in den Händen des Käufers sehe. Die Verhandlungen wurden zunächst von der Straße nach einem Kaffeehaus verlegt. Der Verkäufer ging auf kurze Zeit weg und kam mit einer „Tonne“ wieder. Der Käufer sagte ihm auf dem Kopf zu, daß die Scheine falsch seien und erklärte ihm, daß er ihn werde festnehmen lassen. Erst, als sich nun sein „Käufer“ auch als Kriminalbeamter der Dienststelle A I entpuppte, der den Handelsbetrieb in der Grenadierstraße schon länger beobachtet hatte, gab er seine Dreistigkeit auf und ließ sich abführen. Er hatte vorher versichert, daß er gleich noch fünf „Tonnen“ liefern könne. In seiner Wohnung fand man aber nur noch 50 000 falsche polnische Mark. Die anderen hat Liebeskind ohne Zweifel von Landstrolächern besorgen wollen. Denn er gehörte zu der Gesellschaft, die diese polnischen Fälschungen über die Grenze herüberzuschmuggeln und hier planmäßig in den Verkehr bringt.

Der Anführer der Räuberbande, die auf dem Postamt 54 über eine Million Mark bares Geld erbeutete, der berühmte Gedächtnisstrankner Hugo Suber, ist gestern von der Kriminalpolizei dingfest gemacht worden. Obwohl nach der Verhaftung mehrerer Mitglieder der Räuberbande bekannt war, daß S. der Haupttäter war, wollte es trotz umfangreicher Nachforschungen zunächst nicht gelingen, seinen Schlusswinkel zu entdecken. Jetzt aber war der Kriminalpolizei bekannt geworden, daß er sich in einem Neuköllner Laubengelände verborgen halte. Seine Festnahme gelang so überraschend, daß S. keinen Widerstand leisten konnte. Er hatte angefangen, daß er, wenn er ausfindig gemacht werden sollte, alle Augenblicke verhaftet werde und wenn dann kein Ausweg mehr zu finden sei, die letzte für ihn reservierte. Aus seinen biographischen Angaben geht hervor, daß er vor wenigen Tagen mit 6 Jahren Zuchthaus bestrafte Willy Stein ganz erheblich mehr an dem Postraub beteiligt war, als er vor Gericht ausgesagt hatte.

Niederhühnhausen. Am Donnerstag, 28. April, sprach Genossin M. Kuhner in der Aula des Museums über das Thema **Wider den Gebärzwang** vor mehreren hundert Frauen. Die versammelten Frauen, unter denen sich auch zahlreiche bürgerliche befanden, folgten den überzeugenden Ausführungen der Rednerin mit regem Interesse und bezeugten ihr Einverständnis durch starken Beifall. In der Diskussion versuchte eine deutschnationale Hebamme, namens Conli, die Referentin zu widerlegen. Sie versetzte sich u. a. zu dem Satz, die Frauen wollen aus Bequemlichkeit nicht gebären. Sie wurde jedoch von unseren Genossen Eytanow und Seeger sowie von der Genossin Koplin und der Referentin gründlich heimgeschickt. Zum Schluß wurde fast einstimmig eine Resolution angenommen, in der gegen die Paragraphen 218—20 des Strafgesetzbuches protestiert und verlangt wird, daß der Reichstag den von der USPD. gestellten Antrag auf Beseitigung der betreffenden Paragraphen annimmt.

Spandau. Ueber die außerpolitische Lage spricht Genosse Weitzelheid in unserer Mitgliederversammlung, am Freitag, den 6. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Oberrealschule, Moitkestraße. Wir erjuchen unsere Genossen für guten Besuch Sorge zu tragen, jedes Mitglied muß erscheinen.

Gewerkschaftliches

Einheitsfront der Kopf- und Handarbeiter

Zum Streit der Tiefbauarbeiter.

Wir hatten in unserer gestrigen Morgenausgabe mitgeteilt, daß bei dem jetzt vier Wochen währenden Streik der Groß-Berliner Tiefbauarbeiter das Koalitionsrecht durch eine einstweilige Verfügung des Landgerichts I außer Kraft gesetzt werden soll. Die streikenden Bauarbeiter nahmen gestern in einer stark besuchten Versammlung hierzu, wie zu der gesamten Streikfrage Stellung. In der Versammlung, die einen sehr imposanten Verlauf nahm, kamen allerlei interessante Einzelheiten zu Tage, die Beachtung verdienen.

Zuerst sei festgestellt, daß ein Teil der bürgerlichen Presse über Vorgänge, die sich auf einer Baustelle in der Jungfernheide abgespielt haben, falsch berichtet hat. Nach der gegebenen Darstellung soll es zwischen Streikenden und Streikbrechern zu Tätlichkeiten gekommen sein, bei denen mehrere Streikbrecher verletzt worden sind. Weiter wird behauptet, daß hierbei ein erheblicher Sachschaden angerichtet worden sei. Wahr ist, daß auf der genannten Baustelle sich 385 „revolutionäre Streikbrecher“ eingefunden haben, die in der A. P. D. (Revolutionäre Betriebsorganisation) organisiert sind. Diese „revolutionären“ Heiden sind natürlich gewöhnliche Gelbe, die gemeinsam mit den Unternehmern den Kampf gegen die im Lohnkampf stehenden Tiefbauarbeiter aufgenommen haben. Des öfteren ist es vorgekommen, daß die von der Streikleitung aufgestellten Streikposten von diesem Gesindel verprügelt wurden. Um diesem Zustand ein Ende zu machen, fanden sich Montag früh etwa 300 Streikende ein, die verurteilten, die Streikbrecher davon zu überzeugen, daß sie als Proletarier Berrat an den Interessen des gesamten Proletariats üben, wenn sie sich zu Handlungen der Unternehmung gebrauchen lassen. Ein Teil der Streikbrecher ließ sich überzeugen, während die Streikbrecher, die die Baustelle schon betreten hatten, die Streikenden mit Spaten und anderen Werkzeugen bedrohten. Hierauf wurden die Streikbrecher von der Baustelle gedrängt, jedoch ist es zu Tätlichkeiten, bei denen sich jemand Verletzungen zugezogen haben könnte, nicht gekommen. Später erschien dann eine größere Zahl Sipolente, die am Bahnhof Jungfernheide und auf dem Konnen-damm Verhaftungen von Personen vornahmen, die von den Streikbrechern als Beteiligte bezeichnet wurden. Die „Revolutionäre“ B. O. Arm in Arm mit Unternehmern, Technischer Nothilfe und Sipos, das ist das Bild, was hier gezeichnet worden ist.

Zur Streikfrage gab der Sektionsleiter Lornow den Bericht, wonach die Verhandlungen auf der von den Streikenden aufgestellten Grundlage völlig gescheitert sind. Die Unternehmervertreter weigern sich den gestellten Forderungen näher zu treten, solange die Arbeitnehmervertreter auf den Unternehmerentscheidungen, der das Prämiensystem vorzieht, nicht eingehen. Da eine Verhandlungsbasis nicht mehr vorhanden ist, empfahl Lornow im Auftrag der Zentralstreikleitung, die Verhandlungskommission nicht mit einem gebundenen Mandat zu den neu aufzunehmenden Verhandlungen zu schicken. Diesem Vorschlag stimmten die Versammelten einstimmig zu.

Der Geschäftsführer des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, Schlichter Kaufmann, überbrachte von den Bautechnischen Solidaritätserklärungen. Er teilte mit, daß sich die Bautechniker in Verhandlungen mit dem Streik der Bauarbeiter beschäftigten und in Entschuldigungen zum Ausdruck gebracht haben, daß die Einheitsfront der Hand- und Kopfarbeiter durch die tatkräftige Solidarität hergestellt werden muß. In der Anwendung der gewerkschaftlichen Kampfmittel müsse jedoch genau geprüft werden, was zum Wohle einer Bewegung ausschlägt. Der Beschluß, den die streikenden Tiefbauarbeiter in ihrer letzten Streikversammlung gefaßt haben, die Nothilfsarbeiten zu verweigern, liege nicht im Interesse der Streikenden. Die Unternehmer werden dadurch nicht geschädigt, da ihre abgejagten Verträge für diesen Fall Entschuldigungen vorziehen, die von der Stadt Berlin zu zahlen sind. Nach den gemachten Feststellungen machen die Unternehmer bei Verweigerung der Nothilfsarbeiten das beste Geschäft. Hinzukommt, daß vom gewerkschaftlichen Standpunkt unter allen Umständen versucht werden muß, der Technischen Nothilfe keine Gelegenheit zur Betätigung zu geben. Falls die Unternehmer sich weigern, die Nothilfsarbeiten so auszuführen zu lassen, wie sie von sachmännlicher Seite für notwendig erachtet wird, würde die praktische Solidarität der Bautechniker einsehen. Sie würden sich dann entscheiden weigern, mit der Technischen Nothilfe gemeinsam zu arbeiten. Weiter muß beachtet werden, daß bei Verweigerung der Nothilfsarbeiten die Schachtarbeiten verlaufen können, wodurch die Gefahr von Häusereinstürzen herbeigeführt wird. Kaufmann empfahl aus diesen Gründen, den gestellten Beschluß zu revidieren. Die Ausführungen Kaufmanns wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Nach lebhafter Diskussion stimmte die Versammlung dem Vorschlag Kaufmanns einstimmig zu. Gleichfalls einstimmig wurde eine Entschickung angenommen, die entschieden gegen die Außerkraftsetzung des Koalitionsrechts, wie es durch die einstweilige Verfügung des Landgerichts I geschehen ist, protestiert. Die Berliner Gewerkschaftskommission und der A. D. S. A. wird aufgefordert, sofort Schritte zu unternehmen, um denartige verfassungswidrige Eingriffe in das Koalitionsrecht der Arbeiter unmöglich zu machen. Dem Polizeipräsidenten Richter wird die sofortige Freilassung der verhafteten Streikenden verlangt.

Die „Rote Fahne“ vom Dienstag morgen, bringt einen Artikel über die im Falle des Streiks der Tiefbauarbeiter ergangene einstweilige Verfügung des Landgerichts I, unterschlägt indes den Bericht über das Treiben der Betriebsorganisation, der ihr ebenfalls zugegangen ist. Das kennzeichnet dieses Blatt. Dieses Stillschweigen kommt einer Zustimmung zu dem Streikbruch dieser traurigen Gestalten gleich. Dafür benutzt das Blatt auch diese Gelegenheit, um die Gewerkschaften anzupöbeln. Nachdem die Gefinnungsgenossen der „Roten Fahne“ dem Unternehmertum den Ruf zu solchem Unternehmen gegen das Koalitionsrecht geföhlt haben, fragt die „Rote Fahne“ in einer nachweisen Bemerkung, was die Gewerkschaften und ihre Führer wohl gegen diese Beseitigung der Grundrechte der Arbeiter zu tun gedenken. Das Blatt sei gespannt darauf. Wir sind viel mehr gespannt darauf, was die Kommunisten zu dem Streikbruch jener Vaterrevolutionäre von der sympathisierenden Partei zu sagen haben werden. Die „Rote Fahne“ schließt mit der Bemerkung, jene freche Prozedation der Justiz könne die Arbeiterschaft nicht ruhig hinnehmen. Das stimmt. Aber die freche Prozedation durch Streikbrechende „Revolutionäre“ kann die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ebensowenig hinnehmen.

Zum Streit der Tiefbauarbeiter. Dem Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Verein Berlin, ist es durch persönliche Rücksprache mit dem Polizeipräsidenten Richter gelungen, daß die am 2. Mai in Haft gehaltenen Streikposten der Tiefbauarbeiter sofort aus der Haft entlassen worden sind.

Der Schiedspruch im Bankgewerbe

Am Montag fand im Berliner Lehrerdereinshaus eine öffentliche Versammlung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten statt, in der die Genossen Marx und Emonts über den inzwischen gefaßten Schiedspruch referierten. Beide Redner übten scharfe Kritik an den unzulänglichen Sätzen des Spruchs, die eine Erhöhung der jährlichen Teuerungszulage um 1000 Mark, sowie eine unbedeutende Aufbesserung der Bez-

ehrteufen- und Kinderzulagen enthalten. Verschiedene Redner der abgesplitterten Oppositionsgruppe verurteilten in der Versammlung eine Rechtfertigung ihrer Trennung vom Allgemeinen Verband der Bankangestellten zu geben, jedoch mußten sie unter den Entrüstungsrufen der Anwesenden abtreten.

Nach lebhafter Debatte nahm die Versammlung eine Resolution an, in der erklärt wird, daß die im Schiedspruch vorgesehenen Erhöhungen der Teuerungszulage bei weitem nicht ausreichen, die Kosten der Lebenshaltung der Bankangestellten zu decken. Es wird deshalb verlangt, daß mit Rücksicht auf den nahe bevorstehenden Ablauf des Tarifes, die Forderungen den Angestellten eine einmältige Wirtschaftshilfe in Höhe der doppelten zu zahlenden Abschlagsrate für den Zeitraum der Verhandlungen zu gewähren. Die Angestellten geloben, mit aller Kraft daran zu arbeiten, daß die einzige freigewerkschaftliche Bankangestelltenorganisation, der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten, in die Lage versetzt wird, die Einkommens- und Arbeitsverhältnisse im Bankgewerbe mit den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen in Einklang zu bringen.

Kommunistische Kandidaten

Die Kommunisten sind in Rot. Sie wollen die Gewerkschaften erobern und haben keine Kräfte. Deshalb nahmen sie ganz außerhalb der Bewegung sitzende Leute und platzierten sie an die Spitze. Zur Wahl der Ortsverwaltung Berlin des Bauarbeiterverbandes haben die Kommunisten den kommunistischen Landtagsabgeordneten Paul Hoffmann aufgestellt, der, sage und schreibe 26 Jahre nicht mehr im Beruf tätig ist und dem alle Kenntnisse auf dem Gebiete abgehen.

Für unsere Genossen unter den Bauarbeitern, die den Verband schlagkräftig erhalten und von befähigten Funktionären geleitet wissen wollen, die auf freigewerkschaftlichem Boden stehen, gibt es am Sonntag, den 8. Mai, vormittags von 9—1 Uhr, zur Wahl der Berliner Vereinstleitung nur eine Wahl, die in den Namen verkörpert ist:

Thöns — Wartenberg

Hosianna bei den Kommunisten

Den Kommunisten ist ein großes Heil widerfahren. „Ein bürgerliches Gericht hat anerkannt“, daß die Kommunisten im Recht sind!

Es geschehen also noch Zeichen und Wunder. — Die Justiz in Deutschland läßt also auch den Kommunisten Recht angedeihen und sie konsolidieren mit Befriedigung, daß die Gnadenkasse der freien und verpönten deutschen Justiz auch den Kommunisten zuweilen gnädigst zuschüttelt.

Es handelt sich um den Streit der Refaktarbeiter in Halle, die eine unglaubliche Mißwirtschaft, wie gewöhnlich, sich leisten.

Von der Zentrale in Stuttgart wurden die kommunistischen Funktionäre ihrer Amier enthoben und das Bureau mit seinem Inventar in Besitz genommen, weshalb, wie die „Rote Fahne“ vom Montag mitteilt, die Anrufung des Halleschen Amtsgerichtes deswegen notwendig war.

Der Richterspruch geht nun dahin, daß das Bureau herauszugeben ist und ein gerichtlicher Verwalter vorläufig das ganze Vermögen u. m. in Obhut hält.

Wir konstatieren hier nur noch Stoff: Die „Rote Fahne“ ist politisch schon so degeneriert, daß sie ihre Todfeinde, die bürgerlichen Gerichte anruft, dies noch begründet und sich ob ihres Spruches freut.

Wir haben bei alledem nur noch ein Bedenken! Was wird der Moskauer Stionswächter dazu sagen? Das kann selbst den Kopf von — Stoedter kosten.

Gewerkschaftsversammlungen

U. S. P.-Funktionäre des Transportarbeiterverbandes. Am Freitag, den 6. Mai, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Müllerstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 18a, eine sehr wichtige Besprechung statt. Partei- und Gewerkschaftsausweis mitbringen.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. J. A.: A. Hoffmann.

U. S. P.-Holzarbeiter. Tischlerbezirke Osten 1, 2 und 3 treffen sich am Freitag, den 6. Mai, abends 6 Uhr pünktlich bei Koblenz, Vorhagener Straße. Der Fraktionsvorstand.

Streikende Färber. Heute 2 Uhr findet eine Versammlung der streikenden Färber bei Boelers, Weberstr. 17, statt.

Aus den Organisationen

1. Mittwoch, Aimmelfesttag, Familienausflug. Treffpunkt morgens 8 Uhr, Bahnhof Potsdamerstraße. Für Radfahrer 10 1/2 Uhr am Platz am Gollitzer Weiler. 4 Uhr beim „Witten Kramb“. Pilsenerbecker.

Mittwoch, 4. Mai
8. Mittwoch, 7 Uhr Vorpostenflug bei Döblich, Schloßstr. 18. Gefährlich bei Regen unternommen.

Freitag, 6. Mai
Vollversammlung, 4 Uhr in Müllerstraße, in der Schulstraßen Kasse einer Straße, Franzosenbecken. Vortrag des Genossen Peters über die Mitarbeit der Frauen in der Gemeinde.

Donnerstag, 3. Mai

Bezirksverband, Aimmelfesttag, Familienausflug nach Kölln und Versammlung 3 Uhr im Hotel Vulkanstr. Ref.: Genossen Stinow. Treffpunkt am Montag 1 1/2 Uhr am Gollitzer See und Gollitzer Kramb. Genossen, erjuchtet mit euren Frauen recht zahlreich.

Bezirksverband, Aimmelfesttag, Familienausflug nach Kölln und Versammlung 3 Uhr im Hotel Vulkanstr. Ref.: Genossen Stinow. Treffpunkt am Montag 1 1/2 Uhr am Gollitzer See und Gollitzer Kramb. Genossen, erjuchtet mit euren Frauen recht zahlreich.

Bezirksverband, Aimmelfesttag, Familienausflug nach Kölln und Versammlung 3 Uhr im Hotel Vulkanstr. Ref.: Genossen Stinow. Treffpunkt am Montag 1 1/2 Uhr am Gollitzer See und Gollitzer Kramb. Genossen, erjuchtet mit euren Frauen recht zahlreich.

Sonnabend, 7. Mai

12. Verwaltungsausschuß, Städt. Bauamt, Richtersprüche. Abends 7 Uhr Referententafel im Zeichenjahr der Gemeindebehörde 1 in der Ringstraße in Städt. Lehrer 18 der Gemeinde Kass. Es wird um pünktliches und vollständiges Erscheinen der Teilnehmer gebeten. Der Kassier umschließt acht Blätter und Blatt 4 M.

14. Verwaltungsausschuß, 7 1/2 Uhr Generalkonferenz in der Aula der 4. Gemeindefabrik, Krambstr. 18, Donnerstag, 10. Mai, 10 Uhr. Teilnehmerzahl: Teilnehmerzahl von den Abteilungen ausgeschlossen. Bitte Mitgliedsbuch sein Zutritt.

Bereinskalendar

Mittwoch, 4. Mai

Bezirksverband der Jewellen und Wollwaren Verarbeiter, Ortsgruppe Gollitzer-See. Ref.: Genossen Stinow. Treffpunkt am Montag 1 1/2 Uhr am Gollitzer See und Gollitzer Kramb. Genossen, erjuchtet mit euren Frauen recht zahlreich.

Bezirksverband der Jewellen und Wollwaren Verarbeiter, Ortsgruppe Gollitzer-See. Ref.: Genossen Stinow. Treffpunkt am Montag 1 1/2 Uhr am Gollitzer See und Gollitzer Kramb. Genossen, erjuchtet mit euren Frauen recht zahlreich.

Bezirksverband der Jewellen und Wollwaren Verarbeiter, Ortsgruppe Gollitzer-See. Ref.: Genossen Stinow. Treffpunkt am Montag 1 1/2 Uhr am Gollitzer See und Gollitzer Kramb. Genossen, erjuchtet mit euren Frauen recht zahlreich.

Bezirksverband der Jewellen und Wollwaren Verarbeiter, Ortsgruppe Gollitzer-See. Ref.: Genossen Stinow. Treffpunkt am Montag 1 1/2 Uhr am Gollitzer See und Gollitzer Kramb. Genossen, erjuchtet mit euren Frauen recht zahlreich.

Bezirksverband der Jewellen und Wollwaren Verarbeiter, Ortsgruppe Gollitzer-See. Ref.: Genossen Stinow. Treffpunkt am Montag 1 1/2 Uhr am Gollitzer See und Gollitzer Kramb. Genossen, erjuchtet mit euren Frauen recht zahlreich.

Bezirksverband der Jewellen und Wollwaren Verarbeiter, Ortsgruppe Gollitzer-See. Ref.: Genossen Stinow. Treffpunkt am Montag 1 1/2 Uhr am Gollitzer See und Gollitzer Kramb. Genossen, erjuchtet mit euren Frauen recht zahlreich.

Bezirksverband der Jewellen und Wollwaren Verarbeiter, Ortsgruppe Gollitzer-See. Ref.: Genossen Stinow. Treffpunkt am Montag 1 1/2 Uhr am Gollitzer See und Gollitzer Kramb. Genossen, erjuchtet mit euren Frauen recht zahlreich.

Bezirksverband der Jewellen und Wollwaren Verarbeiter, Ortsgruppe Gollitzer-See. Ref.: Genossen Stinow. Treffpunkt am Montag 1 1/2 Uhr am Gollitzer See und Gollitzer Kramb. Genossen, erjuchtet mit euren Frauen recht zahlreich.

Bezirksverband der Jewellen und Wollwaren Verarbeiter, Ortsgruppe Gollitzer-See. Ref.: Genossen Stinow. Treffpunkt am Montag 1 1/2 Uhr am Gollitzer See und Gollitzer Kramb. Genossen, erjuchtet mit euren Frauen recht zahlreich.

Bezirksverband der Jewellen und Wollwaren Verarbeiter, Ortsgruppe Gollitzer-See. Ref.: Genossen Stinow. Treffpunkt am Montag 1 1/2 Uhr am Gollitzer See und Gollitzer Kramb. Genossen, erjuchtet mit euren Frauen recht zahlreich.

Bezirksverband der Jewellen und Wollwaren Verarbeiter, Ortsgruppe Gollitzer-See. Ref.: Genossen Stinow. Treffpunkt am Montag 1 1/2 Uhr am Gollitzer See und Gollitzer Kramb. Genossen, erjuchtet mit euren Frauen recht zahlreich.

Bezirksverband der Jewellen und Wollwaren Verarbeiter, Ortsgruppe Gollitzer-See. Ref.: Genossen Stinow. Treffpunkt am Montag 1 1/2 Uhr am Gollitzer See und Gollitzer Kramb. Genossen, erjuchtet mit euren Frauen recht zahlreich.

Bezirksverband der Jewellen und Wollwaren Verarbeiter, Ortsgruppe Gollitzer-See. Ref.: Genossen Stinow. Treffpunkt am Montag 1 1/2 Uhr am Gollitzer See und Gollitzer Kramb. Genossen, erjuchtet mit euren Frauen recht zahlreich.

Das Arbeitslosenelend in den Parlamenten

Deutscher Reichstag

Sitzung vom Dienstag, den 3. Mai.

Präsident Ebe eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Zunächst kommen einige Anfragen zur Beantwortung, darunter die Anfrage der Genossin Wurm nach dem Verbleiben des in Aussicht gestellten Gehaltentwurfes über die Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenengericht. Diese Anfrage wird dahin beantwortet, daß der Entwurf fertiggestellt sei und in den nächsten Tagen der Regierung zugehe.

Nach Erledigung der Anfragen macht Ebe Mitteilung von der Antwort der amerikanischen Regierung.

Abg. Ledebour (U.Soz.): Ich beantrage die Besprechung dieser Mitteilung. Die vorgelegene Note bestätigt vollständig die Voraussetzungen, die auf Grund des ursprünglichen Angebots der deutschen Regierung gemacht wurden: daß Amerika wahrscheinlich eine Vermittlung endgültig ablehnen und Deutschland an die Ententeeregierungen verweisen würde, damit es den Versuch macht, durch eine neue Eingabe die Ententeeregierungen zu einer anderen Entscheidung zu veranlassen. Es ist damit der Fall eingetreten, daß tatsächlich die Entente in erhöhtem Maße die Entscheidung in die Hand bekommen hat. Unter diesen Umständen halten wir es für dringend notwendig, daß die Regierung, die ich selber bei der Verhängung dieser Note an ihrem Platz vermisste, sobald wie möglich, hier im Reichstag über die Schritte, die sie bisher getan hat, und über das, was sie jetzt zu tun gedenkt, dem Reichstag und der Öffentlichkeit Auskunft gibt, damit, ehe wir wieder nach Verpaßung aller möglichen Gelegenheiten vor unabänderliche Tatsachen gestellt werden (Sehr richtig! h. v. U.S.). Die Parteien des Reichstags und das Volk selber sind auf die weitere Gestaltung unserer Geschicke angewiesen. (Sehr wahr! h. v. U.S.) Ich bitte den Herrn Präsidenten, so schnell wie möglich, die Mitglieder der Reichsregierung wissen zu lassen, daß der Reichstag von ihnen Auskunft erwartet, und damit wir dieser Auskunft sicher sind, beantrage ich Besprechung der mitgeteilten Note. (Bravo! h. v. U.S.)

Präsident Ebe erklärt demgegenüber, daß der Reichsanwalt in bestimmter Form Mitteilung gemacht habe, eine Erklärung seitens der Regierung könne im Augenblick nicht abgegeben werden. Nachdem noch von Vertretern des Zentrums und der Deutschen Volkspartei gegen den Antrag Ledebour gesprochen wurde, wird dieser Antrag gegen die Stimmen der U. S. P. und der Kommunisten abgelehnt.

Das Arbeitslosenproblem

Es wird hierauf in die Beratung der Anträge Müller-Franken (Soz.) und Aderhold und Genossen (U.Soz.) über die Arbeitslosigkeit eingetreten.

Abgeordneter Rahmann (Soz.): Wir lehnen als Sozialdemokraten die Verelendungstheorie der Kommunisten ab. Wir wollen das Proletariat in geistiger und körperlicher Leistungsfähigkeit erhalten. Aber wir lehnen ebenso bestimmt ab, zu Gewaltmethoden zu greifen, an deren Ende die Vernichtung der Wirtschaft steht. Es ist falsch, anzunehmen, daß viele Arbeitslose mangelnden Arbeitswillen besitzen. Die meisten Arbeitslosen sind wider ihren Willen von der Arbeit ferngehalten, weil so oft Betriebe lediglich aus kapitalistischen Rücksichten zur Stilllegung gelangen. Die Krise der Arbeitslosigkeit ist international, und die Produktion kann nicht von einem Tag zum anderen in normale Bahnen zurückgeführt werden. Einer solchen Entwicklung stehen auch die politischen internationalen Konflikte entgegen. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland wird aber künftig noch dadurch gesteigert, daß ausländische Arbeiter herangezogen werden, weil sie größere Ausbeutungsmöglichkeiten bieten. Es ist richtig, daß Verhandlungen zwischen, um

30 000 italienische Arbeiter nach Deutschland

zu bringen? Die neuen Millionen der Aktiengesellschaften sind eine herausfordernde Unverschämtheit. Es ist auch notwendig, daß den großen Werken stärker die Finger gezeichnet wird, damit die ungeheuerlichen Bilanzverschönerungen aufhören. Durch Verfüzung der Arbeitszeit in den Volkswirtschaften wäre die Arbeitslosigkeit zu erhöhen. Die Unterhaltungsfrage der Erwerbslosenfürsorge müssen um mindestens 10 Prozent erhöht werden. Ohne dies gehen breite Teile unseres Volkes völliger Verelendung entgegen und bilden eine Gefahr für die Moral des Volkes und für den Bestand des Staates. Es ist notwendig, daß die Wintersätze weitergehakt werden. Weiteren Betriebsstilllegungen muß entschieden begegnet werden.

Abg. Brühl (U.S.P.):

Die Wirkungen der Arbeitslosigkeit sind geradezu erschütternd. Wer heute von der Arbeitslosigkeit betroffen wird, muß darauf gefaßt sein, daß er mit entsetzlich langer Arbeitslosigkeit rechnen muß. Hierbei trifft den Arbeiter die Arbeitslosigkeit in einem Zustand vorgeschrittener Verelendung. Am schlimmsten sind von der Arbeitslosigkeit Berlin und Sachsen betroffen. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten Wochen gestiegen und befindet sich noch immer in weiterem Steigen. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß unsere Anträge zur Behebung der Arbeitslosigkeit in jeder Hinsicht durchführbar sind. Die Anträge gehen davon aus, daß den Arbeitern Arbeit gegeben werden soll. Sie sind bereits von der Berliner Stadtverordneten-Versammlung einstimmig angenommen worden. Wir erwarten daher, daß die Parteien, die uns für die praktische Durchführung der Anträge an das Reich verwiesen haben, durch ihre Haltung im Reichstage offen zeigen, daß sie

für die Not der Arbeitslosen nicht bloß schöne Worte haben.

Es sind nicht agitatorische Erwägungen, die uns zu diesen Anträgen bestimmt haben, sondern wir verfolgen damit die erste und brennendste Pflicht, den Arbeitslosen praktische Hilfe und Unterstützung zu gewähren. Ausdrücklich betone ich, daß diese Anträge auch von den noch in Arbeit stehenden Arbeitern angenommen worden sind. Diese haben sich bereit erklärt, für ihre arbeitslosen Kollegen Opfer zu bringen.

Die Reichsbetriebe sind ungenügend beschäftigt, was um so mehr bedauerlich berührt, als die Regierung den Privatbetrieben fortwährend neue Aufträge erteilt. Die Reichsbetriebe sind bei zukünftigen Aufträgen mehr als bisher zu berücksichtigen. Ueberhaupt ist es notwendig, daß die Regierung bei Vereilegung von Aufträgen Vertreter der Gewerkschaften heranzieht. Die Unterhaltungsfrage für die Arbeitslosen ist viel zu gering. Eine Erhöhung derselben ist mit dem Hinweis auf die sinkenden Lebensmittelpreise abgelehnt worden. Die Unterstützung muß aber mindestens so bemessen werden, daß sie das Existenzminimum sichert. Wie groß der Kreis der auf Unterstützung angewiesenen Arbeiter ist, zeigt am besten die Stadt Plauen, wo der dritte Teil der Bevölkerung Unterstützung bezieht. Von dem grauenhaften Elend der Arbeitslosen macht man sich im allgemeinen noch immer keine genügende Vorstellung. Welche Teile der Arbeiterklasse befinden sich geradezu am Zusammenbrechen. Man hat die Berechnungen, die Dr. Kuczynski über das Existenzminimum angestellt hat, sehr oft als unzutreffend bekämpft. Nun aber kommt Professor Silbergleit und rechnet ein Existenzminimum aus, das noch über den Ergebnissen von Dr. Kuczynski steht. Während so beispielsweise Kuczynski das äußerste Existenzminimum mit 47 M. pro Tag errechnet hat, legt Professor Silbergleit das Existenzminimum mit 56 M. fest. Ueberlegt man dann noch, daß über dieses Existenzminimum hinaus unerlässliche Ausgaben bestehen, für Wohnung und Kleidung usw., so wird man die von uns verlangten Sätze von 90 M. pro Woche nicht als zu hoch gewissem bekämpfen können.

Der Wohnungsbau ist mehr wie bisher in den Vordergrund zu stellen, schon deswegen, weil hierdurch für fast alle Berufs-Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, und die Wohnungsnot eines der größten und dringendsten Probleme der Gegenwart dar-

stellt. Die Kosten der Arbeitslosenunterstützung müssen ausschließlich vom Reiche getragen werden, da die Städte infolge der Steuererhöhung von heute nicht in der Lage sind, dafür aufzukommen. Die Erwerbslosigkeit ist noch weit schlimmer als sie in den Ziffern zum Ausdruck kommt. Neben den 1 Million Arbeitslosen und der

einen Million Kurzarbeiter

kommen noch andere, die nicht erfasst werden. Und diese Verhältnisse herrschen nicht nur in den besetzten Ländern, sondern auch in den sogenannten Siegerstaaten. Die Arbeitslosigkeit hat sich zu einer Weltkrise ausgewachsen. Wenn man die von uns geforderten Sätze der Erwerbslosenunterstützung bemängelt und als zu hoch bezeichnet, so verweise ich hier auf eine von dem Reichsverband der deutschen Industrie herausgegebenes vertrauliches Rundschreiben:

Wie hinterziehe ich meine Steuern?

In diesem Schreiben wird angegeben, daß ein Einkommen von 100 000 bis 500 000 M. eigentlich notwendig sei. Diese Leute zur Steuer heranzuziehen und die Besitzheuern dazuzuführen, ist Aufgabe der Regierung, um damit die Mittel zu erlangen für die von uns geforderte Erwerbslosenunterstützung. Die Schuld an der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit trägt das kapitalistische System, die einzige Rettung ist der Sozialismus. Dafür kämpfen wir. (Leb! Weill! h. v. U. Soz.)

Abg. Treffel (Str.): Ohne Zweifel herrscht große Arbeitslosigkeit und für diese unverschuldeten Arbeitslosen einzutreten, ist unsere Pflicht und Pflicht der Regierung. Zur Ehre der Arbeiterschaft Deutschland sei es gesagt, daß sie immer wieder Arbeit und nur Arbeit verlangen und erst in letzter Linie Unterstützung. Im großen und ganzen bin ich mit dem Antrag einverstanden, aber wir wünschen die Ueberweisung an den Ausschuss.

Abg. Hammer (Dn.) wendet sich gegen einzelne Forderungen des Antrages, besonders gegen die Zahlung von Tariflöhnen an die Kurzarbeiter. Für diese Anträge wird sich im Hause keine Mehrheit finden. (Zuruf Abg. Dismann: Sehr traurig!)

Zwischen ist der Reichsanwalt und der Außenminister Simons und die übrigen Mitglieder des Kabinetts in den Saal getreten. Außerhalb der Tagesordnung erklärte

Minister Simons:

Wir stehen in Ob:rischeit vor gefährlichen Ereignissen. Es sind Eisenbahnlösungen zerlegt worden und ebenso Telefonleitungen. In Raitowitz befindet sich das flache Land in den Händen polnischer Banden. In Hindenburg ist es in der Nacht vom 2. zum 3. Mai zu Kämpfen mit polnischen Banden gekommen. In Bautzen wurde das Gebäude der Ostdeutschen Morgenpost von den Polen besetzt. Auch die Kreise Plesch und Ratibor sind von polnischen Banden heimgelacht worden, und die Eisenbahnangelegenheiten zum Teil vertrieben und Eisenbahnlösungen unterbrochen und verschiedene Eisenbahnbrücken gesprengt. Die deutsche Regierung hat sich an die Interalliierte Kommission gewandt und um Einschreiten gegen diese polnischen Banden gebeten. Die Interalliierte Kommission hat anerkannt, daß die deutsche Bevölkerung keinen Anlaß zu den polnischen Ausschreitungen gegeben hat und sie hat versprochen, für die Wiederherstellung der Ordnung zu sorgen und über die in Betracht kommenden Kreise den Belagerungszustand verhängt. Der Minister bemerkt, daß es Pflicht der Kommission sei, für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen. Zum Schluß bemerkt er, daß auch die deutschen Gewerkschaften Protest gegen die polnischen Verbrechen erhoben hätten und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Oberösterreich deutsch bleiben werde auf Grund des Abstimmungsresultates, wie er auch an Hand einer Karte zeigt, daß sich diese polnischen Unruhen ausschließlich abgepielt haben an der westlichen Grenze des Abstimmungsgebietes.

Vizepräsident Dietrich macht den Vorschlag, von einer sofortigen Stellungnahme abzusehen.

Abg. Crispian (U. S. P.): Im Auftrage meiner Fraktion stelle ich den Antrag, daß der Reichstag sofort in eine Besprechung der Erklärung des Reichsministers Simons eintritt, umso mehr, weil diese Frage aus innigster Zusammenhängt mit der Frage der allgemeinen außenpolitischen Situation. Was wir gehört haben und was wir noch dazu zu sagen haben, macht es doppelt notwendig, daß darüber gesprochen wird.

Reichsanwalt Fehrenbach erklärt auf die ebenfalls von dem Abg. Crispian erwähnte Mitteilung über Vorgänge in London und über die neue amerikanische Note, daß noch keine genauen Mitteilungen aus London vorliegen. Sobald dies der Fall sei, werde die Regierung sich damit befassen und dem Hause Mitteilung davon machen. Eine Besprechung der oberösterreichischen Frage ist nicht möglich.

Schulz-Bromberg (Dn.) wünscht ebenfalls keine Besprechung. Borh (Komm.) verlangt, daß der Reichstag sofort in eine Besprechung eintritt.

Stresemann (Dn.): Mit Recht haben Herr Crispian und der Redner erklärt, daß die oberösterreichische Frage besprochen werden müsse. Aber morgen vormittag um 10 Uhr tritt der auswärtige Ausschuss zusammen und dann wird sich ja überleben lassen, wie die Dinge liegen.

Müller-Franken (Soz.): Eine Debatte ist zwecklos, solange das Kabinett noch nicht Stellung genommen hat.

Crispian (U. S. P.): Durch die Erklärung Simons sind wir vor eine neue Situation gestellt

und der Reichstag werde keine Ausgabe nicht erfüllen, wenn er dazu nicht Stellung nimmt. Die Sitzung des auswärtigen Ausschusses ist beschränkt auf die Mitglieder des Ausschusses. Sie bietet keinen Ersatz. Auch muß festgestellt werden, inwieweit die deutsche Regierung eine Verantwortung trägt für die Vorgänge in Oberösterreich.

Schulz-Bromberg (Dn.): Unter Ablehnung der weitergehenden Anträge von links, bitten wir, in eine Besprechung der Vorgänge in Oberösterreich einzutreten.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Crispian gegen die Stimmen der U. S. P. und der Kommunisten abgelehnt, auch der Antrag Schulz-Bromberg.

Es folgt dann eine lange Geschäftsordnungsdebatte über die Festschließung der Tagesordnung für die morgige Sitzung. Die Unabhängige Fraktion verlangt, daß als erster Punkt der Tagesordnung für die Mittwochsitzung festgesetzt wird: Besprechung der allgemeinen auswärtigen Situation, als zweiter Punkt die oberösterreichische Frage. Der Antrag wird abgelehnt. Die Sitzung am Mittwoch beginnt um 2 Uhr.

Aus dem Reichsrat

Der Reichsrat hielt am Dienstag nachmittags unter Vorsitz des Postministers Giesberts eine öffentliche Sitzung ab. Der Finanzminister Dr. Wirth hatte in einem Schreiben an den Reichsrat erklärt, daß er den größten Wert darauf lege, daß eine Ergänzung zum Gesetzentwurf über die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsgesetzes für 1920 noch vor der Vertagung des Reichstages erledigt würde. In dem dem Reichstag vorgelegten Nachtrag zum Etat für 1920 konnten die Folgerungen aus dem Belohnungsgesetz für die Reichspostverwaltung und die Reichseisenbahnverwaltung noch nicht gezogen werden. Nunmehr ist aber dem Reichsrat eine zweite Ergänzung zum Haushaltsplan für 1920 zugegangen, worin die Folgerungen des neuen Belohnungsgesetzes für Post und Eisenbahn gezogen werden. Die Ausschüsse des Reichsrats haben den Nachtrag in einer Sitzung am Dienstag mittag geprüft und dem Plenum die unbedingte Annahme empfohlen. Für die Eisenbahnverwaltung sind die Wünsche der Eisenbahnen auf Einstellung ihrer Beamten fast reiflos erfüllt. Im übrigen enthält der Nachtragsetat grundsätzlich nur Stellenumwandlungen und Verrechnungen nur in ganz geringem Umfang, insbesondere sowohl die Umwandlung der Stellen der Schrankenwärter und Angler aus dem Arbeiter- in das Beamtenverhältnis in Frage kommt. Die

Nebransgaben im ordentlichen Etat belaufen sich auf 2 Milliarden und 55 Millionen, im außerordentlichen Etat auf 5 Millionen Mark. Die Nebransgaben des ordentlichen Etats sind bereits durch die Tarifserhöhungen gedeckt. Bei der Postverwaltung handelt es sich auch um die Auswirkungen des Belohnungsgesetzes. Die finanziellen Nebransgaben betragen etwas über 1 Milliarden. Der Gesamtanleihebedarf des Reiches für 1920 erhöht sich nunmehr von 86,8 auf 88 Milliarden Mark. Die Vollversammlung genehmigte unverändert den Nachtragsetat.

Preussischer Landtag

15. Sitzung, Dienstag, den 3. Mai.

Die Aussprache über die deutschnationalen Anträge auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide, Milch, Butter und Zucker wird fortgesetzt. Nach kurzer Debatte wird beschlossen, die Anträge dem Landwirtschaftsausschuss zu überweisen. Der deutsch-nationale Antrag auf Aufhebung der Verordnung über die Schrotmühlen wird in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien angenommen.

Aussprache über die Arbeitslosigkeit.

Dazu liegen eine Reihe von Anträgen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Unabhängigen und Kommunisten vor.

Abg. Küster (Dn.) begründet einen Antrag, die von der Landesversammlung beschlossenen Kostensarbeiten schleunigt zur Verringerung der Arbeitslosigkeit vorzunehmen. Die Erwerbslosenunterstützungen können keine Abhilfe schaffen. Diese kann nur in der produktiven Erwerbslosenfürsorge liegen.

Abg. Kusch (Komm.): Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist nicht in der Lage, das Arbeitslosenproblem zu lösen. Der Herr im-Haus-Standpunkt kommt immer mehr zur Geltung. Die Arbeiter werden mit letzten Verspottungen verhöhelt. Wo bleibt das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, das schon am 4. März 1919 verkündet wurde? Wo bleibt die Sozialisierung, die doch bekanntlich marschieren soll? Wo bleibt die Gleichberechtigung der Arbeiter? Was an Erwerbslosenunterstützungen gerahmt wird, ist der reine Spott. Es reicht nicht einmal an das Existenzminimum heran. Dabei bekommen die Frauen noch zwei Mark weniger als die Männer. Die Unterhaltungsfrage müssen unter allen Umständen erhöht werden. Ihr (nach rechts) Vorgehen zeigt nur, daß Sie die Arbeiterklasse dem Hungertode preisgeben wollen. Die Zahl der Erwerbslosen, die keine Unterstützung beziehen, ist weit größer als die Zahl derer, die sie erhalten. Wir wissen, daß den Arbeitslosen nicht geholfen wird, solange das kapitalistische System aufrecht erhalten bleibt. Andern wird sich ihre Lage erst, wenn sie zur Selbsthilfe schreiten. (Beifall h. Komm.)

Ein Regierungsvertreter: Ein Gesetzentwurf betreffs Erwerbslosenfürsorge hat bereits im Reichsrat vorgelegen. Seine Erledigung schwebt an den technischen Schwierigkeiten. Für Erwerbslosenfürsorge hat Preußen im laufenden Geschäftsjahr 1 1/2 Milliarden Mark ausgemworfen. (Zuruf der Kommunisten: Bei Ihren Unterhaltungsfragen vorzugehen die Arbeiter!) Gemüht ist die Erwerbslosenunterstützung gering. Es muß auch ein Anteil vorhanden sein, daß der Erwerbslose sich schleunigt neue Arbeit beschafft. Die Unterhaltungspflicht des Staates hat eine Grenze. (Entrüstete Zurufe links.) Allerdings werden Streikunterstützungen in Form der Erwerbslosenfürsorge nicht gegeben. Doch ist in der Praxis die Handhabung sehr mild. Bei richtiger Anleitung können die habsüchtigen Erwerbslosen auf dem Lande arbeiten. Die Abneigung der Landwirte gegen sie muß verschwinden. Die eigene Initiative des Erwerbslosen, sich durch eigene Kraft über Wasser zu halten, darf nicht unterbunden werden.

Abg. Hürjensen (U.S.P.):

Die 1 1/2 Milliarden, die zur Verringerung der Erwerbslosennot aufgewendet worden sind, dürften nur ein Tropfen auf einen heißen Stein sein. Wenn die heutige Wirtschaftsordnung der Arbeitslosigkeit nicht Herr werden kann, so beweist sie damit, daß sie abgemirakelt hat. Es muß jede Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung ausgenutzt werden. Daher beantragen wir, die Hafenanlage in Friedrichsfog in Dithmarschen instand zu setzen. Wir müssen alles daran setzen, die Bevölkerung dieses Kreises vor schweren Mängeln zu bewahren. Dementprechend müssen wir bestrebt sein, Land zu gewinnen und der Nordsee soviel als möglich Boden abzuräumen. Im Interesse der Arbeitslosen ist es ferner geboten, die Befestigungs- und Landgewinnungsarbeiten im Kreise Süderdithmarschen so schnell als möglich wieder zu beginnen, um zu gleicher Zeit auch für die Landwirtschaft nutzbaren Boden zu schaffen. Die Erörterung der Arbeitslosenfrage gerade von Ihrer Seite aus (nach rechts), ist nur ein demagogischer Kunst. (Unruhe rechts.) Das geht schon daraus hervor, daß man auf dem Lande

ausländische Wanderarbeiter anstellt,

während wir an Arbeitslosen Ueberflut haben. Der Arbeiter, der industriefähig ist, kann sich auch die Fähigkeit, auf dem Lande zu arbeiten, aneignen. Aber die Landwirte nehmen absichtlich diese Arbeitslosen nicht bei sich auf, für deren Unterkunft außerdem höchst mangelhaft gesorgt wird. Wenn Sie etwas (nach rechts) in dieser Hinsicht für die Arbeiter tun wollen, dann wäre dem großen Elend bald abgeholfen. Sie legen aber keinen großen Wert darauf, Sie versuchen sogar die Tarifverträge zu boykottieren. Solange Sie so weiter verfahren, werden Sie es sich auch gefallen lassen müssen, daß man sagt, Sie wollen den Landarbeitern nur Sand in die Augen streuen. Im übrigen wissen wir, daß die Arbeitslosigkeit eine kapitalistische Beihilfe ist. Die Arbeitslosigkeit wird nicht eher aufhören, als bis die heutige wirtschaftliche Verrottung des kapitalistischen Systems beseitigt ist. Wir werden den Kampf gegen diese Wirtschaftsform mit allen Mitteln führen, bis sie gestürzt ist. (Beifall h. v. U. S.)

Abg. Hilt (Z.) begründet einen Antrag, mit Rücksicht auf die zunehmende Beschäftigungslosigkeit der Handwerker, öffentliche Arbeiten, insbesondere Instandsetzung von staatlichen Gebäuden in möglichst großem Umfang solennisiert vorzunehmen.

Abg. Schauer (Soz.): Wir hoffen auf einmündige Annahme unseres Antrages, zur Förderung des Kleinwohnungsbaues und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, außer den bewilligten 400 Millionen weitere 600 Millionen zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich bei diesem Antrage um die Verringerung des Wohnungs-elendes, von der alle Kreise schwer betroffen werden. Es ist ein unbeschreiblicher Zustand, daß keine Städte von etwa 5000 Einwohnern seit Oktober 1920 mit drei bis vierhundert Arbeitslosen belastet sind. Daher ist Eile im Kleinwohnungsbaue geboten. Daher bitten wir um Annahme unseres Antrages auf Erhöhung des staatlichen Zuschusses. (Beifall h. v. Soz.)

Abg. Mielde (Dem.): Die Frage, wie man die Arbeitslosigkeit lindert, hängt wesentlich ab von der Lage des Baumarktes. Der Weg führt aber nicht zur Gemeinwirtschaft, sondern der Baumarzt muß von den Fesseln der Zwangswirtschaft befreit werden. Reich, Länder und Gemeinden müssen durch Ausgabe neuen Baugeldes die Bauwirtschaft beleben.

Das Haus tritt in die Besprechung der großen Anfrage Eberlein und Genossen (Komm.) über die Arbeitslosenfürsorge ein. Ein Regierungsvertreter: Das Reich war allerdings bereit, Preußen Zuschüsse zu leisten. Damals glaubte aber Preußen, diese Beiträge nicht nötig zu haben. Erst als das Reich seinen Ausanpruch fallen ließ, sind wir der Frage der Annahme der Reichszuschüsse näher getreten. Es ist möglich, daß auf Grund des Reichsnotengesetzes nicht nur 600 sondern 1100 Millionen bereitgestellt werden. (Sehr gut!) Auch diese Summe ist im Verhältnis zur notwendigen noch sehr gering.

Abg. Bräuner (Soz.): Hört man heute die Reichsparteien über die Arbeitslosenfrage sprechen, dann muß man staunen. Früher lagten diese Parteien, wenn die Rede von den Arbeitslosen kam, es handle sich um arbeitsfreies Geld, wer Arbeit wolle, der findet auch Arbeit. Heute hört man aus den Reihen der Rechten

